

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2,50 Mark, für das übrige Ausland  
 4 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Stichjahr: 1915.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Beträgt für die schwebelbaltische Kolonial-  
 gelle oder deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Kartelegen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das fertige  
 Wort 20 Pf. (gültig für fertige  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellengeld und Schließelgebühren  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Anträge  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 3. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Energisches Vorgehen gegen die englischen Truppentransporte

## Verhinderung englischer Truppentransporte.

Amtlich. Berlin, 2. Februar. (W. L. B.) In seiner heutigen Ausgabe wird der „Reichs- und Staatsanzeiger“ folgende amtliche Veröffentlichung bringen:  
Berlin, den 1. Februar 1915.

### Bekanntmachung.

England ist im Begriff, zahlreiche Truppen und große Mengen von Kriegsbedarf nach Frankreich zu verschiffen. Gegen diese Transporte wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen.

Die friedliche Schifffahrt wird vor der Annäherung an die französische Nord- und Westküste dringend gewarnt, da ihr bei Verwechslung mit Schiffen, die Kriegszwecken dienen, ernste Gefahr droht.

Dem Handel nach der Nordsee wird der Weg um Schottland empfohlen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine  
gez. von Pohl.

## Die Tätigkeit der deutschen Unterseeboote.

### Kein völkerrechtswidriges Vorgehen.

Paris, 2. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird mitgeteilt: Den letzten Nachrichten zufolge haben die deutschen Unterseeboote, welche am 30. Januar englische Handelschiffe in der Irischen See anhielten, diese erst versenkt, nachdem sie von der Besatzung verlassen worden waren.

London, 2. Februar. (W. L. B.) „Daily Chronicle“ sagt in einem Bericht aus Fleetwood: Daß der deutsche Unterseebootsdienst ebenso wagemutig wie tüchtig ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden, man kann es überall von britischen Seeoffizieren hören. Es ist um so angenehmer das zu sagen, als die Offiziere und Mannschaften der deutschen Unterseeboote stets vornehm und sportsmännisch vorgegangen sind.

## Die Bedeutung der Blockade durch Unterseeboote.

London, 2. Februar. (W. L. B.) Archibald Gurd schreibt im „Daily Telegraph“: Tirpitz kann der großen britischen Flotte nichts anhaben und sieht jetzt Mühe aus, um Englands Brot zu benagen. Glaubt der Chef der deutschen Flotte wirklich, daß er Großbritannien auf die Knie zu zwingen vermag, wenn er einige Handelschiffe versenkt? Es ist einen Monat her, seit Tirpitz seine Drohung aussprach, und seitdem wurden nur einige kleine Schiffe versenkt. Und wenn er drei Duzend oder 300 Schiffe in den Grund bohrt, wird seine Politik doch fehlschlagen. Die Zerstörung der Handelschiffe der ersten Seemacht ist ein Eingeständnis der eigenen Schwäche und bedeutet nichts anderes, als daß der Feind im eigentlichen Seekrieg keine Fortschritte macht. Wenn die Deutschen die britischen Kriegsschiffe versenken könnten, so würden sie nicht ihre Zeit auf kleine Handelschiffe verschwenden. Deutschland schadet sich dadurch selbst; denn je weniger britische Schiffe verfügbar sein werden, desto mehr neutrale Schiffe werden die Verbündeten benötigen. Deutschland wird dann nicht in der Lage sein, die notwendigen Schiffe für seinen Ueberseehandel aufzutreiben; denn England hat die größere Börse und den größeren Kredit, und sein Neutraler wird die Nordsee mit ihren Minen und anderen Gefahren aufsuchen, wenn er eine Ladung für einen britischen oder französischen Hafen bekommen kann.

London, 2. Februar. (W. L. B.) „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel: Die Versenkung dreier englischer Schiffe an der Küste von Lancashire ist eine Episode, die zum Nachdenken einläßt. Die Operationen wurden am hellen

## Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 2. Februar 1915. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Außer Artilleriekampf an verschiedenen Stellen keine besonderen Vorkommnisse.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der ostpreussischen Grenze hat sich nichts Wesentliches ereignet. In Polen nördlich der Weichsel fanden in Gegend Lipno und nordwestlich Sierpe Zusammenstöße mit russischer Kavallerie statt. Südlich der Weichsel sind unsere Angriffe im weiteren Fortschreiten.

Die französischen amtlichen Berichte über die Kriegereignisse enthalten in letzter Zeit geradezu ungeheuerlich zu unseren Ungunsten entstellte, zum Teil auch völlig frei erfundene Angaben. Natürlich verzichtet die deutsche Oberste Heeresleitung darauf, sich mit derartigen Darstellungen im einzelnen zu befassen. Jedermann ist in der Lage, ihren Wert an der Hand der amtlichen deutschen Mitteilungen selbst nachzuprüfen.

Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 2. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart: 2. Februar 1915 mittags:

Die allgemeine Situation hat sich nicht geändert. Ein einzelner russischer Vorstoß an der mittleren Pilica in Polen wurde abgewiesen.

In den Karpathen dauern die Kämpfe im westlichen Frontabschnitt an. In der Mitte der Front kämpften deutsche und unsere Truppen mit Erfolg.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:  
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Zuge in einem der Haupthandelswege des großen Liverpooler Hafens ausgeführt. Der Aktionsradius dieser Boote ist bedeutend größer, als vor dem Kriege angenommen wurde. Es fragt sich, ob Deutschland über die genügende Anzahl von Tauchbooten verfügt, um diese riskante Taktik, die mit allerlei Gefahren verbunden ist, großzügig durchzuführen. Man darf auch nicht vergessen, daß alle bisher versenkten Schiffe klein und von geringer Fahrgeschwindigkeit waren. Die Tauchboote haben selbst keine große Fahrgeschwindigkeit und besitzen nur kleine Kanonen; sie würden also vermutlich schnellen und gut bewaffneten Schiffen nichts anhaben können. Dafür ist eigentlich schon der ungehörte Truppentransport nach dem Kontinente ein genügender Beweis. Wenn die Deutezüge der deutschen Unterseeboote ernsthaftere Formen annehmen sollten, so müßte ein Begleitflottille eingeführt werden. Man weiß bereits, daß schnellfahrende Zerstörer einen guten Schutz gegen Tauchboote bieten. Das letzte Auskunftsmitglied wäre, die britischen Handelschiffe unter eine neutrale Flagge zu stellen. Die Leute, die im Falle der „Dacia“ eine drastische Aktion anempfehlen und in bezug auf die britischen Rechte gegen den internationalen Handel extreme Standpunkte einnehmen, sollen ihre Anschauungen angesichts der Unterseebootsfragen einer Revision unterziehen. Die Blockade durch Tauchboote könnte im nächsten Kriege verwirklicht werden und sie würde für uns auf der Insel viel ernsthaftere Dimensionen annehmen als für ein Reich mit Verbindungen zu Lande.

## Minenexplosion im Kattegat.

Göteborg, 2. Februar. (W. L. B.) Als der Minenleger „Eda“ mit der Zerstörung einer Mine, die ein schwedischer Dampfer im Kattegat gefunden hatte, beschäftigt war, explodierte die Mine. Zwei Mann wurden getötet, sieben verletzt.

## Die Brotversorgung.

In diesen Tagen bekommt es auch der letzte Konsument zu spüren, daß sein bisher heiligstes Recht der individuellen Bedarfsdeckung staatlicher Regelung und Beschränkung unterworfen werden kann. Bei den breiten Massen des Volkes ist allerdings stets dieser prinzipielle unbegrenzten Möglichkeit als eine sehr peinlich empfundene Schranke durch die Höhe des Einkommens gezogen worden. Aber vom 1. Februar ab wird jeder Konsument grundsätzlich in seinem Brotkonsum beschränkt werden, wenn auch praktisch die Möglichkeit einer Ueberschreitung der vorgeschriebenen Konsumhöhe für den um so leichter sein wird, der schon in Friedenszeiten sich keinerlei Einschränkung aufzuerlegen brauchte.

Ueber die Notwendigkeit der staatlichen Regelung des Brotkonsums braucht kein Wort verloren zu werden. Nachdem man Monate hindurch trotz Regelung und Warnungen, besonders von sozialdemokratischer Seite aus, die Nahrungsmittelversorgung nur durch kleine Maßregeln zu beeinflussen suchte, ja sogar einen übertriebenen Optimismus über die Größe der Vorräte wahrte, hat man sich jetzt, das heißt nach sechs Monaten, zu einem tiefer einschneidenden Verfahren entschlossen. Sparsamkeitsermahnungen mögen in einer Gesellschaft mit hochentwickeltem Solidaritätsgefühl helfen, aber nicht in einem Staate, der sich überall auf private Interessen aufbaut.

Schon in Friedenszeiten ist Deutschland auf die Einfuhr von Getreide angewiesen. In diesem Erntejahr fehlte oder verringerte sich nicht nur diese Einfuhr; die Verwüstung von Erntevorräten in Ostpreußen und im Elsaß vergrößerte auch noch das alljährliche Risiko, das durch die vielfach erörterte Verfüllung von Getreide ein ganz erhebliches geworden ist. Um trotzdem bis zur Einbringung der neuen Ernte auszukommen, hält die Regierung eine Einschränkung des Brotkonsums vorerst um ein Viertel des bisherigen für notwendig.

Die Verteilung der beschlagnahmten Getreide- und Mehlvorräte wird bekanntlich eine neugegründete Reichsverteilungsstelle vornehmen. Sie soll nicht nur für die Streckung der Vorräte bis zur nächsten Ernte sorgen, sondern die Vorräte auch innerhalb dieser Zeit auf die einzelnen Staaten und Gemeinden je nach Bedarf so verteilen, daß nirgends auch nur ein vorübergehender Mangel entsteht. Ob sich das, besonders in den ersten Wochen, wirklich überall vermeiden lassen, kann erst die Erfahrung lehren. Bei der Bedeutung des Brotes für die Gesamtnahrung gerade in den breiten Schichten des Volkes muß jedenfalls im Interesse dieser Schichten gefordert werden, daß mit aller Energie alle Maßnahmen ergriffen werden, die eine ununterbrochene Versorgung sicherstellen. Ebenso wie im Felde bei Truppenverschiebungen alle verfügbaren Mittel und Organe (Eisenbahnen, Wagen und Pferde) unter Zurücksetzung privater Interessen rücksichtslos in den Dienst der militärischen Notwendigkeiten gestellt werden, ebenso muß auch das Ziel der Brotversorgung im Inlande verfolgt werden. Die Reichsverteilungsstelle als Zentrale und die Kommunen als vermittelnde Organe werden alles anzuwenden müssen, um keine Störung in der Brotversorgung eintreten zu lassen. Eventuell wird dazu die Heranziehung staatlicher und militärischer Hilfe (z. B. für den Transport von Getreide) notwendig werden. So wird z. B. die Eisenbahnbehörde (etwa durch Einstellung von Eil-Hilfszügen) wesentlich zur Beschleunigung beabsichtigter Maßnahmen beitragen können. Jedenfalls darf man sich an den verantwortlichen Stellen nicht mit dem Trost abfinden, daß bei örtlicher vorübergehender Knappheit leicht ein Ersatz des Brotes durch andere Nahrungsmittel eintreten werde. Für die ärmeren Schichten käme dabei überhaupt nur die Kartoffel in Frage, die aber schon einen starken Bestandteil der regelmäßigen Nahrung ausmacht und deren Nährwert hinter dem des Brotes erheblich zurückbleibt. Die Nahrung der Kartoffel übrigens völlig einseitig werden. Rechnet man aber in amtlichen Stellen mit einem auch nur zeitweiligen Ersatz von Brot durch Kartoffeln, dann wäre es natürlich völlig verfehlt, eine Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln vorzunehmen, wie das unter anderem von der Landwirtschaftskammer für Brandenburg gefordert worden ist.

# Brotversorgung und Kriegsgetreidegesellschaft.

Innerhalb der von der Reichsverteidigung für Brotgetreide zu leistenden Organisation des Volkonsums fällt der Kriegsgetreidegesellschaft, G. m. b. H., eine wichtige Aufgabe zu. Die Kriegsgetreidegesellschaft ist gegründet worden, um die staatliche Beschlagnahme aller Getreidevorräte vom Bundesrat angeordnet wurde. Sie hatte zunächst die Aufgabe, durch freihändige Käufe einen Vorrat von Getreide anzulegen, der später bei eintretendem Bedarf nach und nach abgetrieben werden sollte. Die Einschränkung der Getreidevorräte durch Landwirte und Händler zwang dann die Regierung dazu, die Kriegsgetreidegesellschaft zunächst mit dem Zwangsenteignungsrecht auszustatten. Als auch dadurch die Versorgung der Bevölkerung mit Brot nicht gesichert erscheinen konnte, hat dann die Regierung die Beschlagnahme aller Vorräte beschlossen. Neben den Kommunen steht das Recht der Übernahme von Vorräten auch jetzt der Kriegsgetreidegesellschaft zu. Während die Kommunen für den Bedarf von Mehl innerhalb ihres Gebietes sorgen, erstreckt sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf den Ankauf und die Lagerung von Getreide und Mehl in ganz Deutschland. Dabei hat sie auch jetzt vornehmlich für den Bedarf nach dem 15. Mai Sorge zu tragen, wofür etwa 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide bereitgestellt werden sollen.

In welcher Weise die Gesellschaft gearbeitet hat und arbeitet, geht aus den ausführlicheren Mitteilungen hervor, die wir gestern veröffentlicht haben. Da die Gesellschaft ihre Bestände sofort lombardiert, kommt sie mit einem relativ geringen Kapital aus. Sie wurde mit einem Kapital von 50 Millionen Mark gegründet, wovon der preussische Staat und einige Bundesstaaten mit 21 Millionen beteiligt sind. 48 deutsche Großstädte mit über 100 000 Einwohnern steuerten 20 Millionen Mark zu und 18 gewerbliche Unternehmungen sind mit 9 Millionen Mark beteiligt. Im Aufsichtsrat finden sich neben je 5 Vertretern des Staates und der Städte 8 Mitglieder des Großgewerbes.

Die Gesellschaft ist eine gemeinnützige. Ihre Dividende darf nicht mehr als 5 Proz. betragen. Darüber hinausgehende Gewinne sind dem Reich für gemeinnützige Zwecke zuzuwenden. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird nur der Restwert der Anteile zurückgezahlt.

## Jagd auf weitere englische Schiffe.

London, 2. Februar. (W. T. B.) Die Dampfer „Atreus“ und „Ava“, die gestern in Greenock ankamen, waren beinahe einem deutschen U-Boot in der Irischen See zum Opfer gefallen. Die „Ava“ fuhr von Liverpool nach Glasgow etwa in der Höhe von Morecambe, mehrere Meilen vom „Atreus“ entfernt, als zwischen beiden Schiffen ein deutsches Tauchboot erschien. Dieses war jedoch so sehr mit einem dritten Schiff beschäftigt, daß die beiden Dampfer unbeschädigt davonkamen.

Paris, 2. Februar. (W. T. B.) Der Marinekritiker des „Temps“ äußert darüber sein großes Erstaunen, daß das U-Boot 21 die englisch-französische Blockade brachen und bis in die Irische See gelangen konnte.

London, 2. Februar. (W. T. B.) Die Londoner Presse stellt fest, daß es mit 75 Prozent wahrscheinlich sei, daß die deutschen großen U-Boote nach Glasgow herum nach dem St. George-Kanal fuhren. Diese Behauptung von mehr als zweitausend Seemeilen wird sogar im „Daily Telegraph“ als Markstein in der Geschichte des U-Booteverkehrs bezeichnet.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 2. Februar. (W. T. B.) Gestern nachmittag 3 Uhr wurde amtlich bekannt gegeben:

Der 31. Januar war, wie die vorhergehenden Tage, durch Artilleriekämpfe, die im ganzen Nordgebiete besonders heftig waren, gekennzeichnet. Südlich von Ypern unternahmen die Deutschen einen Angriff auf unsere Schützengräben nördlich des Kanals, welcher durch das kombinierte Feuer unserer Artillerie und Infanterie sofort aufgehalten wurde. Auf der ganzen Front gelang es unseren Batterien verschiedentlich, ihr Feuer glücklich zu dirigieren, daß sie im Bau befindliche Schützengräben, Unterstände und Maschinengewehre zerstörten und an mehreren Stellen die Mörser der feindlichen Artillerie zum Schweigen brachten. In der Champagne verstärkten wir das System unserer Stellungen durch ein kleines Schützengraben, dessen wir uns gestern bemächtigt hatten. In den Argonnen, wo die Deutschen unter den letzten Kämpfen anscheinend sehr gelitten hatten, verlief der letzte Tag verhältnismäßig ruhig. Von den Fronten in Lothringen und den Vogesen ist nichts Interessantes zu melden.

Paris, 2. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend 11 Uhr:

Die Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar verlief sehr ruhig. Am Vormittag des 1. Februar griff der Feind unsere Schützengräben nördlich der Straße Vethune—La Bassée heftig an, wurde zurückgeworfen und ließ zahlreiche Tote auf dem Gelände zurück. In Beaumont-Camel (nördlich Arras) versuchte deutsche Infanterie, einen unserer Schützengräben zu überwinden, wurde jedoch zur Flucht gezwungen und mußte die Sprengmittel, mit denen sie ausgerüstet war, zurücklassen. In den Argonnen herrscht im Raume Fontaine-Madame und im Wald von Geurie starke Tätigkeit. Ein deutscher Angriff wurde zurückgewiesen. Bei Vagatelle wurde einer unserer Schützengräben durch zwei Minenherde zerstört und ohne Verluste geräumt. Aus den Vogesen wird keine Aktion gemeldet; es herrscht dort sehr dichter Schneefall.

## Verbesserung des französischen Sanitätsdienstes.

Paris, 2. Februar. (W. T. B.) Der Oberaushuß für die Verbesserung des Gesundheitswesens hat dem „Temps“ zufolge beschlossen, dem Kriegsminister vorzuschlagen, den Spitätern und Ambulanzen, in denen chirurgische Eingriffe ausgeführt werden, eine größere Zahl chirurgisch geschulten Personals zuzuwenden, und ferner Zivilärzte, welche bisher keinen Militärdienst getan, aber um Einstellung nachgefragt hatten, während der Kriegsdauer in den Militärspitätern und Ambulanzen einzustellen. Der Aushuß erörterte weiterhin Maßnahmen zur Erleichterung des Transportes von Verwundeten zwischen der Feuerlinie und den Ambulanzen und Spitätern, sowie Maßnahmen, um dem Mangel abzuwehren, daß in gewissen Spitätern Medikamente und Wäsche

fehlen. Der Aushuß hofft, seine Arbeiten Mitte Februar beendet zu haben. Der „Temps“ schreibt dazu: Dies ist sehr wünschenswert, denn es darf nicht geschehen, daß eine große Schlacht uns in dieser Richtung ungenügend vorbereitet findet.

## Musterung der französischen Jahresklasse 1916.

Paris, 2. Februar. (W. T. B.) Nach dem „Temps“ sind die Aushebungsarbeiten für die Jahresklasse 1916 in Paris gestern beendet worden. Von 18 000 Stellungspflichtigen wurden ungefähr 12 000 tauglich befunden. Das Ergebnis blieb hinter dem der Jahresklasse 1915 zurück, doch erklärt der „Temps“, es sei befriedigend.

## Presseskizze in Frankreich.

Paris, 2. Februar. (W. T. B.) In einem Leitartikel der „Humanité“ wird ausgeführt, daß es nur möglich sei, zu dem Maximum der für den Sieg notwendigen militärischen Kraftanstrengung zu gelangen, wenn die Mißstände im Heer und in der Heeresintendantur endlich aufgehoben würden. In dem Artikel heißt es weiter: Selbstsame Gerichte laufen um. Man spricht von zu eilig und schlecht gelieferten Ausrüstungsstücken, von zahlreichen Schmarozern in der Intendantur, die auf Kosten des Staates ungeheure Gewinne einstecken. Man sagt, daß militärische Beamte aus politischer oder persönlicher Gefälligkeit Militärpersonen aus dem Frontdienst in die Depots bringen, was unzähligen Klagen über den Sanitätsdienst gar nicht zu reden. Wenn allen diesen Mißständen nicht abgeholfen wird, dann haben wir, und wenn lauter Genies unser Heer führen, nichts zu hoffen.

## Englische Kritik der englischen Siegesbulletins.

London, 2. Februar. (Z. U.) Allmählich beginnt man in England einzusehen, daß mit amtlichen Siegesbulletins allein noch keine Schlachten gewonnen werden. Wieder ist es das viel umtriebene Gelände von La Bassée, an das die Kritik anknüpft. Nachdem vor 14 Tagen bereits ein großer Sieg bei La Bassée gemeldet wurde, ohne daß dort überhaupt gekämpft wurde, gibt jetzt sowohl das französische wie das englische Communiqué bekannt, daß die erste englische Division bei La Bassée große Erfolge über deutsche Truppen zu Beginn voriger Woche erzielt habe, nachdem zuerst die Deutschen einige Vorteile erzielt hatten. Die „Daily News“ geht mit dieser Geschichtsschreibung scharf ins Gericht. Sie stellt die verschiedenen amtlichen Mitteilungen von englischer, französischer und deutscher Seite zusammen und beweist dem Kriegsgaui, daß es wichtige Rückschlüsse verschweigt, um sie einige Tage später in der Form bekannt zu geben, daß es da und dort den englischen Truppen gelungen sei, Gelände zurückzugewinnen, daß sie vor einigen Tagen verloren hätten. Bei La Bassée sei dies besonders auffällig gewesen, und aus dem Text der verschiedenen amtlichen Auslassungen von beiden Seiten, müsse man, wenn man die verschiedenen Seiten betrachtet, von denen die Rede sei, zu der Vermutung kommen, daß die Engländer nördlich oder südlich vom Aire-Böthune-Kanal eine beträchtliche Schlappe erlitten hätten. Eine Aufklärung seitens des Kriegsgaues sei dringend geboten.

## Die englische Verlustliste.

London, 2. Februar. (Z. U.) Die letzte amtliche Verlustliste gibt die Namen von 10 Offizieren an. Davon sind 7 gefallen, 8 verwundet. Von Mannschaften werden 884 aufgeführt, von denen 445 als „vermisst“, das heißt „gefangen“, bezeichnet werden.

## Der Krieg und die Kolonien. Grenzkonflikte in Angola.

Berlin, 2. Februar. (W. T. B.) Ueber blutige Vorgänge an der Grenze von Deutsch-Südwestafrika und Angola, wobei drei Deutsche, ein höherer Bezirksbeamter und zwei Offiziere, auf portugiesischem Gebiete getötet wurden, sind jetzt Mitteilungen in die deutschen Blätter gelangt. Die Nachrichten stammen vom Oktober vorigen Jahres. Der Tod der drei Deutschen ist durch eine kurze amtliche Nachricht aus Windhuk nunmehr bestätigt. Ueber die näheren Umstände des Vorfalles hat sich jedoch trotz vielfacher vergeblicher Versuche, mit Windhuk darüber Rührung zu gewinnen, noch nichts ermitteln lassen. Die Bemühungen zur Aufklärung der Angelegenheit, namentlich zur Feststellung der Schuldfrage, werden fortgesetzt.

## Portugiesische Truppenverstärkungen für Angola.

Lyon, 2. Februar. (W. T. B.) Der Express Républiquein meldet aus Lissabon: Neue Truppenverstärkungen sind nach Angola abgegangen, wo die Deutschen noch immer einen großen Teil des Territoriums besetzt halten.

## Der Aufstand in Nyassaland.

London, 2. Februar. (W. T. B.) Das Pressebureau meldet, daß viele Abeldführer des Eingeborenenaufstandes im Nyassaland gefangen genommen worden seien. Man dürfe annehmen, daß der Aufstand unterdrückt sei.

## Der türkische Krieg.

### Meldung des türkischen Generalstabes.

Konstantinopel, 2. Februar. (W. T. B.) Aus dem Großen Hauptquartier wird gemeldet: Certlich beschränkte Zusammenstöße der letzten Tage auf der kaukasischen Front hatten einen für unsere Truppen erfolgreichen Ausgang. Eine feindliche Abteilung, welche unsere Truppen bei Artwin angegriffen hatte, wurde mit schweren Verlusten zurückgeschlagen und ließ, als sie verlor, viele Kriegsmaterial in unseren Händen. In der Gegend von Korna überraschte in der Nacht vom 30. Januar eine kleine Abteilung zwei hinter Stachelndraht verschangte feindliche Bataillone und brachte ihnen bedeutende Verluste bei. Am nächsten Tage versuchte der Feind unter dem Schutze von Kanonenbooten in der Umgebung zu landen, wurde aber unter Zurücklassung zahlreicher Toter, darunter eines Hauptmanns und eines Unteroffiziers, zurückgeworfen.

## Der Suezkanal für die Schifffahrt geöffnet.

Von der holländischen Grenzge, 2. Februar. (Z. U.) Aus Paris wird berichtet: Die Suezkanalgesellschaft macht bekannt, daß der Kanal für die Schifffahrt offen bleibe. Der Verkehr wird tagüber unter Einhaltung von Vorkehrungen und militärischen Einschränkungen im Hinblick auf die Sicherung der Durchfahrt stattfinden.

## Die Haltung der J. L. P.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Daß die englische unabhängige Arbeiterpartei vom Anfang an bis zum heutigen Tage eine konsequent kriegsfeindliche Haltung eingenommen, daß sie das Schlagwort von der nationalen Solidarität entschieden abgelehnt, ist allgemein bekannt. Dagegen scheinen in Deutschland merkwürdige Irrtümer über die Bedeutung dieser Organisation verbreitet zu sein. Es dürfte deshalb nicht überflüssig sein, in einigen Worten die Tatsachen ins Gedächtnis zu rufen. Die Independent Labour Party ist die bei weitem größte sozialistische Organisation Englands, die einzige, die im politischen Leben des Landes eine bedeutende Rolle spielt. Ihr ist in erster Linie die Gründung der Britischen Arbeiterpartei, deren Bestandteil sie ist, zu danken gewesen. Die J. L. P. ist die einzige sozialistische Partei Englands, die eine eigene Vertretung im Parlament hat. Sie zählt sieben direkte Parlamentsvertreter; aber auch von den übrigen Mitgliedern der Arbeiterfraktion des Unterhauses, die als Kandidaten ihrer Gewerkschaftsorganisationen gewählt worden sind, sind mehr als die Hälfte Mitglieder der J. L. P. Die namhaftesten englischen Arbeiterparlamentarier sind fast ausnahmslos Mitglieder der J. L. P., und unter den direkten sieben Parlamentsvertretern der J. L. P. befinden sich die bedeutendsten Führer der Arbeiterpartei: Keir Hardie, Ramsay MacDonald, Philip Snowden, Fred Jowett, George Roberts und neuerdings auch W. C. Anderson. Die J. L. P. zählt ungefähr 60 000 Mitglieder, das heißt mindestens doppelt so viel als irgendeine andere sozialistische Organisation Englands je erreicht hat. Wenn das an festländischen Maßstäben gemessen eine geringe Zahl scheint, so darf man die eigenartigen englischen Verhältnisse, bei denen eine ausgeproben sozialistische Organisation überhaupt nie darauf reflektieren kann, eine Massenpartei zu werden, nicht außer acht lassen. Die Mitglieder der J. L. P. sind nicht die Massen, sondern die Offiziere und Unteroffiziere der politischen Arbeiterbewegung. Erst wenn man das im Auge behält, kann man den wirklichen Einfluß der J. L. P. richtig einschätzen. Zu den Mitgliedern der J. L. P. gehört auch die große Mehrzahl der Gewerkschaftsführer des Landes. Die Haltung, die die J. L. P. in dem Kriege einnimmt, ist deshalb schon an sich von sehr erheblicher nationaler Bedeutung, die dadurch noch wächst, daß die auch außerhalb der Arbeiterbewegung sich regende Opposition gegen den Krieg gleichfalls mehr und mehr in der J. L. P. ihren Knotenpunkt findet.

Während der Osterfeiertage findet die Jahreskonferenz der J. L. P. statt, und gegenwärtig sind die Delegiertenversammlungen der Provinzialorganisationen der Partei damit beschäftigt, zur Tagesordnung Vorschläge zu machen und über die der Jahreskonferenz zu unterbreitenden Resolutionen zu beschließen. Zwei dieser Provinzialkonferenzen haben bereits stattgefunden: die von London und die von Lancashire.

Die Londoner Konferenz wurde von dem Parteivorstandsmitglied Postbeamten Harry Dubery eröffnet. Er führte aus, daß die Haltung des Vorstandes der J. L. P. im Kriege von den Konferenzen der Ortsgruppen im ganzen Lande so gut wie einstimmig gebilligt worden ist. Er betonte, daß die Haltung der Partei nicht bloß negativ und kritisch gewesen sei, sondern daß sie namentlich im Arbeiter-Kriegsausfluß auch alles getan habe, um die Interessen der Arbeiter während der Dauer des Krieges wahrzunehmen.

Ein einstimmig angenommener Dringlichkeitsantrag drückte Entrüstung aus über die kapitalistischen Kreise, die die Weltkrise zur Vermehrung ihrer Profite auf Kosten der Armen benutzten, und forderte die Regierung auf, sofort die Kontrolle der Weizen- und Kohlenversorgung und der Schifffahrt zu übernehmen.

Eine von der Londoner City-Ortsgruppe eingebrachte Resolution, die die Haltung des Vorstandes der J. L. P. im Kriege billigte und der Arbeiterpartei für ihre Beteiligung an der Rekrutenwerbungskampagne ihre Mißbilligung ausdrückte, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Eine andere Resolution dagegen, die die Absicht ausdrückte, daß „die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland die Teilnahme Englands am europäischen Kriege rechtfertigte“, erhielt ganze vier Stimmen.

Ferner wurde eine Resolution angenommen, die die Regierung aufforderte, bei den Friedensverhandlungen für eine drastische allgemeine Rüstungseinschränkung und für allseitige Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und staatliche Kontrolle des Waffenausports einzutreten. Andere Resolutionen fordern internationale Schiedsgerichte und demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik.

Die Lancashire-Provinzialkonferenz, die in Liverpool stattfand, nahm eine Resolution an, die die Haltung der „Daily Citizen“ mit seinen lärmenden Ueberschriften und seiner Sensationshaiserei mißbilligt, dagegen dem „Labour Leader“ für seine tapferere Haltung im Kriege uneingeschränktes Lob zollt, und ferner die Redaktion des Berliner „Vorwärts“ zu ihren Bemühungen beglückwünscht, die Flut der Verleumdungen, die die kriegsführenden Völker noch mehr erbittert, einzudämmen und damit einen künftigen dauernden Frieden vorzubereiten.

## Auslandspolitik und Demokratie in Holland.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die Fraktion der Arbeiterpartei in der Zweiten Kammer hat am 26. Januar gegen die Vorlage über die Verlängerung der Dienstpflicht des letzten Landwehrjahrganges bis zum 31. Juli d. J. gestimmt. Damit erscheint die sozialistische Opposition, die den Burgfrieden vom August schon auf dem Gebiet finanzieller Maßnahmen abgelöst hatte, nun auch auf das militärische Gebiet ausgedehnt. Die Situation erfordert aber, zur Vermeidung von Mißverständnissen bei den Sozialisten des Auslandes, eine eingehendere Auseinandersetzung. Diesmal namentlich auch darum, weil ein Teil der über diese Opposition verärgerten regierungsfreundlichen Presse, schon um die stille Prinzipienpreisgabe ihrer Parteifreunde zu bemängeln, die Lage so darstellt, als ob die Ablehnung ein taktisches Manöver der Fraktion gewesen sei, um die Opposition in der Arbeiterpartei, die unter der Führung des Genossen Kuyper die unbedingte, prinzipielle Ablehnung aller militärischen Forderungen verspricht, zu beschwichtigen. Es wäre sicher verfehlt, zu verkennen, daß die Opposition, die weniger

revolutionäre Marxisten, als Kleinbürgerliche und -bäuerliche Gefühlssozialisten in ihrer recht buntschiedigen aktiven Gruppe zählt, einer Stimmung in den Massen entspricht. Man darf nicht übersehen, daß sich die sozialistische Partei in Holland zu einem großen Teil aus noch stark religiös beeinflussten Volkselementen rekrutiert und nicht wenige Anhänger von Sekten, wie z. B. Wiedertäufer, in ihren Reihen hat, deren Antimilitarismus weniger auf den Klassengedanken als auf christliche Liebesmoral gegründet ist. Aber wenn die äußere Form des parlamentarischen Verhaltens erlauben könnte, auf eine grundsätzliche Klärung der Taktik der Arbeiterpartei in der Militärfrage zu schließen, d. h. auf ein Abweichen von dem im August eingenommenen Standpunkt, die von der Regierung für den Schutz der Neutralität Hollands zu bewilligten, so macht der Inhalt der letzten Kammerverhandlungen die Dinge klar. Er ist um so bemerkenswerter, als die Verhandlungen andererseits auch die bei manchen Genossen vorhandene Illusion, unter der bestehenden sozialen Ordnung eine wahrhafte Demokratisierung der Außenpolitik erreichen zu können, erschüttert haben könnten.

Was die Sprecher der Arbeiterpartei — die Genossen Troelstra und Ter Laan — beklagten, war nicht die Organisation der Landesverteidigung, sondern die Ignorierung der Parlamentsrechte durch die Regierung. Die sozialistischen Redner forderten, daß die Kammer, wenn die Regierung ihr einen Entwurf vorlege, auch die Gründe der Regierung erfahre. Dazu aber wollte sich der Kriegsminister diesmal ebensowenig verstehen, wie im letzten Dezember, als er die Dienstverlängerung der Landwehr um einen Monat forderte. Aus der „demokratischen“ Regierung war nichts herauszubringen, als daß die „Situation“ die Dienstverlängerung verlange, und die bürgerlichen Abgeordneten haben — wenigstens einige mit süßsauren Erklärungen — die Feststellung ihrer Inkompetenz hinuntergeschluckt. Die Sozialisten forderten, daß die Regierung ihre Gründe, wenn nicht in offener Sitzung, so in einem „Comité-General“ bekanntgeben und zur Diskussion stellen. Aber Herr Cort van der Linden, Vorsitzender des Ministerrats, lehnte rundweg ab, da, wie er sagte, vertrauliche Berichte und Gespräche mitgeteilt werden müßten, die die Regierung „der Kammer mitzuteilen nicht das Recht habe und deren Mitteilung ebendrei den Interessen des Landes widerstreiten würde“ — eine Erklärung, die weder wie ein Bekenntnis zum parlamentarischen System, noch wie ein Kompromitt für die Parlamentarier ausfällt. Schließlich bekam die Kammer auch noch eine Art psychologisch-erkenntnistheoretischer Begründung vorgelegt: in der Politik seien nicht allein die festumgrenzten Tatsachen zu erfassen, sondern es gehöre dazu noch eine „intuitive Ueberzeugung“. Und mit dieser sei eben die Regierung versehen. Man sieht: ein Triumph der Bergson'schen Philosophie in der Politik.

Da immerhin diese Argumente für eine „demokratische“ Mehrheit nicht völlig genügend erschienen konnten, forderte die Regierung ihr Schicksal ebendrei am Felsen des „nationalen Interesses“ an. Wenn das Parlament eine genauere Einsicht in die internationalen Beziehungen Hollands verlange, sei das eine Kluggebung des Misstrauens. Ohne Vertrauen könne die Regierung aber nicht im Amt bleiben. Und eine Ministerkrise sei in diesem Augenblick eine nationale Gefahr. — So konnten prinzipienfeste „freisinnige Demokraten“ aus nationalen Gründen die demokratische Kontrolle ablehnen. Es bleibt ihnen das Recht, sie im „Antikriegsrat“ und anderen Vereinigungen guter Menschen in Wort und Schrift zu vertreten.

Die Sozialisten zogen aus der scharfen Ablehnung ihrer Forderung die Konsequenz und stimmten gegen die Vorlage. Mit ihnen nur ein „Christlich-Historischer“, d. h. ein Mitglied der Rechten (nicht ein Demokrat, wie irrtümlich telegraphisch gemeldet wurde. Anm. d. Ver.).

Wie sich nach dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung das Verhältnis zwischen der Regierung und der Arbeiterpartei weiter entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Solange der Krieg andauert, braucht die Regierung allerdings die Unterstützung der Arbeiterpartei nicht, da ihr stets eine „nationale Mehrheit“ zur Verfügung stehen wird. Die Frage ist nur, wie sich die politische Gruppierung nach Friedensschluß gestalten wird. Es gibt wohl in der Partei überzeugte Anhänger der Teilnahme an der Regierung, die der Meinung sind, daß alles anders gekommen wäre, wenn Sozialisten im Ministerium lägen. Wobei freilich auch die Frage aufzuwerfen wäre, ob die sozialistischen Minister die Mitwirkung des Parlaments durchsetzen oder sich selbst zur Theorie von der „Intuition“ bekehren würden.

Soweit die Erklärungen der Regierung die internationale Situation betrafen, wird wohl niemand in der Kammer das eheliche Streben verkannt haben, in einer ohne Frage äußerst schwierigen Lage die Neutralität zugleich durch eine vorsichtige und geschmeidige Diplomatie, wie durch die Geltendmachung der eigenen Kraft zu sichern. Herr Cort van der Linden sagte, daß es sich nicht um eine „negative, spekulative Neutralität“ handle, sondern um den festen Willen, sein Selbst zu bewahren und seine Rechte, seine Freiheit und Friedsamkeit durch die Tat zu behaupten. Es ist in der Tat das Interesse nicht nur der bürgerlichen Klassen in Holland, durch die Stürme des Weltkrieges fest hindurchzukommen, und solange die Regierung diesem Interesse dient, sind die unmittelbaren Interessen der Massen bei ihr zweifellos besser geborgen, als bei jener gefühlsmäßigen Sorte von „Antimilitarismus“, dessen jähres Umklagen in kriegerischen Nationalismus man bei den französischen Syndikalisten erlebt hat. Eine Tatsache, die natürlich das Recht der Kritik und der Kontrolle, das die Vertreter der Arbeiterschaft fordern, nicht berühren kann.

### Ein Brief Giolittis.

Die „Tribuna“ veröffentlicht einen Brief Giolittis an den Abgeordneten Peano, in dem jener sich gegen zwei Legenden wendet, und zwar gegen diejenige von seinen angeblichen Beziehungen zum Fürsten Bülow und gegen die andere, wonach man ihm die Ansicht zuschreibt, Italien müsse in jedem Falle und vollkommen neutral bleiben.

Giolitti sagt darin: „Ich kenne den Fürsten Bülow seit vielen Jahren und habe eine große Achtung vor seiner Intelligenz und seinem Charakter. Ich habe in ihm stets einen Freund Italiens gefunden, der, wohlverstanden, stets in erster Linie das Interesse seines Landes wahrnahm, wie es seine Pflicht ist. Ich habe den Fürsten Bülow ein einziges Mal gesehen. Ich traf ihn zufällig und wir sprachen in rein akademischer Weise von den großen Ereignissen, aber ich habe mich wohl gehütet, in Vermutungen über die Haltung einzutreten, die Italien einnehmen müsse. Ich würde sonst gegen meine Pflicht verstoßen haben, und Fürst Bülow begann ebenfalls nicht darüber zu sprechen, da er ein Mann ist, der niemals gegen das gute Verkommen verstößt.“

Was übrigens die Legende betrifft, daß ich für die Neutralität Italiens bin, so betrachte ich sicher den Krieg nicht

als ein Glück, sondern als ein Unglück, für das man sich nur dann entscheidet, wenn es die Ehre und die großen Interessen des Landes erfordern. Ich halte es nicht für erlaubt, das Land aus Gründen des Gefühls für andere Völker in den Krieg zu ziehen. Für ein Gefühl kann jeder sein Leben von sich werfen, aber nicht dasjenige seines Landes. Aber falls es notwendig sein sollte, würde ich nicht zögern, mich für den Krieg zu erklären. Dafür habe ich den Beweis geliefert. Es könnte sein und es könnte nicht unwahrscheinlich erscheinen, daß man während der gegenwärtigen Lage in Europa manches erreichen könnte ohne einen Krieg, aber darüber kann sich derjenige, der nicht zur Regierung gehört, nicht ein vollständiges Urteil bilden. Was die Gerüchte über Verschwörungen und Krisen betrifft, so halte ich derartige Ereignisse für nicht möglich. Ich habe die Regierung unterstützt und ich unterstütze sie noch.“

### Turati gegen den Generalstreik im Falle der Mobilmachung.

Nom. 30. Januar 1915. (Fig. Ver.)

Das Exekutivkomitee der Mailänder Parteisektion hat dieser eine Resolution zur Beratung vorgelegt, die im Falle der Mobilmachung den Generalstreik im ganzen Lande beschließt. Gegen diese Resolution nahm vor allem Turati in längerer Rede Stellung. Er führte aus, daß die Partei in die von Mussolini ihr gestellte Falle zu gehen Gefahr liege; Mussolini hat gesagt: wenn ihr für die Neutralität seid, müht ihr für den Generalstreik und für die Revolution im Kriegsfall. Diese Alternative sei nicht richtig. Ein Generalstreik hätte nur Sinn, wenn er die Möglichkeit des Erfolges einschließt. Im Ernst könne aber niemand glauben, durch den Generalstreik den Krieg zu verhindern. Wenn man glaubt, die Partei hätte heute die Kraft zum siegreichen Aufstande, so müsse man ihn jetzt initiieren, nicht im Zeichen der Mobilmachung, wenn die Regierung am besten gerüstet ist. Wenn die Partei heute erklärt, im Falle der Mobilmachung den Generalstreik zu proklamieren, so würde sie dadurch das Prestige der Regierung herabsenken bei denen, die die Generalstreikdrohung ernst nehmen, und würde so gerade den Interventionisten dienen, die sie bekämpfen will. Turati erklärt weiter, daß die Aufrechterhaltung der Neutralität sich durch Gelinde durchsetzen werde, die außerhalb der Partei liegen, und führt schließlich aus, daß eine der unzähligen Ermahnungen, die ihn zum Vertreter der Neutralität machten, in dem Mangel an Vertrauen liege, das er in die militärische Vorbereitung und Disziplin des Landes setzt. Wie weit die Debororganisation geht, habe das Erdbeben gezeigt. Trotzdem dürfe die Partei die Regierung nicht an Maßnahmen hindern, die im Interesse des Landes geboten sein könnten. — Das Votum über die Frage wird in der nächsten Woche stattfinden.

### Warum die rumänisch-bulgarische Verständigung scheiterte.

Die „Südbulgarische Korrespondenz“ meldet aus Sofia: Der ehemalige bulgarische Gesandte in Bukarest, Kallimow, veröffentlicht in der Wochenschrift „Svobodnomyesje“ Mitteilungen über die feinerzeitigen Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien und die hierbei beobachtete Haltung Oesterreich-Ungarns, aus denen hervorgeht, daß der österreichisch-ungarische Gesandte Prinz Fürstberg wiederholt sowohl bei Majoredu als bei Joneacu eindringlich dafür eingetreten ist, daß die Verhandlungen zwischen Bulgarien und Rumänien, welche Majoredu erst nach der endgültigen Entscheidung der Petersburger Konferenz beginnen wollte, beschleunigt würden. Tatsächlich erklärte Majoredu sich Kallimow gegenüber zu diesen Verhandlungen bereit, wobei Kallimow erklärt, er stelle dies zur Ehre der Wahrheit fest, und hinzufügt, daß die unerwartete Demission Gschons sowie der Umstand, daß die Rumänen mit Gschons Nachfolger, den sie hätten, keine Verhandlungen führen wollten, schuld daran gewesen sei, daß die geplante Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien nicht zustande kam, daß vielmehr Rumänien sich bald darauf mit dem treulosen Verbündeten Bulgariens verständigte.

### Die amerikanischen Schiffsankäufe.

London, 2. Februar. (W. L. V.) „Daily News“ meldet aus Washington vom 31. Januar: Nach 37 stündiger Dauer Sitzung vertagte sich der Senat gestern bis Montag, ohne über die Schiffsankaufsbill abzustimmen. Die Demokraten hatten angefordert, eine Vertagung würde erst eintreten, wenn die Abstimmung durchgeführt sei. Die Republikaner begannen hierauf die Opposition, während der Senator Smoot eine eifrigste Rede hielt. Senator Lodge erklärte, deutsche Schiffe laufen, hieße den deutschen Agenten in die Hände spielen und Amerika in den Krieg hineinziehen. Wenn die Taktik verfolgt werde, Schiffe anzukaufen, müsse sich Amerika auf einen Krieg mit vier Ländern gefaßt machen.

Der Präsident ist offenbar entschlossen, das Gesetz durchzuführen.

Der Korrespondent der „Daily News“ erzählt, der Bericht, daß die Verbündeten gegen den Ankauf deutscher und österreichisch-ungarischer Schiffe formell Einspruch erhoben hätten, sei unrichtig. Die Vorstellungen, die gemacht wurden, seien nicht offizieller Natur. Das Staatsdepartement dürfe also gerechtfertigterweise annehmen, daß die Verbündeten Ankäufe internerter Schiffe, welche bona fide erfolgten, nicht behindern wollten, da sie keinen offiziellen Einspruch erhoben hätten.

Das Neuterische Bureau meldet aus Washington vom 1. Februar: Staatssekretär Bryan hat es formell für unrichtig erklärt, daß irgendeine Regierung gegen die Bill über die Schiffsankäufe protestiert hätte, und betont, daß es auch unwahrscheinlich sei, daß eine Regierung protestieren würde, da das Gesetz nicht notwendig diplomatische Fragen zur Folge haben müsse. Er sagte: Wir nehmen an, daß die Vollmacht, die dem Präsidenten und denen gegeben wird, die mit ihm zusammenwirken, mit der nötigen Umsicht für die Wohlfahrt der Nation ausgeübt werden wird.

### Menschlichkeit auf dem Schlachtfelde.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Wenn die französischen Zeitungsschreiber von Verus fortfahren, die deutschen Soldaten als grausame Barbaren zu schildern — manche tun das aus ehrlichem fanatischem Haß, andere und sicher zahlreichere, um dem Chauvinismus und der Sensationsgier der ausgeheulten Massen genugzutun und einige wohl auch aus Kengstlichkeit, eines nicht genügenden Patriotismus geziehen zu werden — so findet man in schlichten Soldatenbriefen eine wahrheitsmäßige Schilderung von Tatsachen, die den tröstlichen Beweis erbringen, daß die grauenvolle Mitleidlosigkeit des Kriegs in den Menschen, die er in das Gemetzel hineingeführt hat, die edleren Triebe nicht auslöschen konnte. Ein französischer Soldat aus Le Mans schildert in einem Brief an seine Eltern folgendes Erlebnis:

„Es war vor Montauban (Dep. Somme), einem Dorf, das durch mehrere deutsche Schützengrabenlinien verteidigt wurde und das unser Regiment angreifen sollte. — Am ersten Tag hatten wir einige Attaken unternommen, deren einziges Ergebnis eine

Kundmachung unserer Schützengraben auf 100 Meter von denen des Feindes war. Unglücklicherweise waren mehrere unserer Verbundenen nahe an den deutschen Schützengraben liegen geblieben und angeht die unaufhörliche Fülllade der „Boches“, die wir zu erwidern hatten, war es natürlich unmöglich, sich aus den Schützengraben hervorzubewegen. Die Nacht verlief recht ruhig, und als am nächsten Tag die Pfleger über diese Situation benachrichtigt wurden, kamen zwei Sänfenträger, darunter ein Seminarist, in die erste Reihe der Schützengraben. Und nun geschah folgendes: Diese zwei Männer stiegen, ohne jemand verständigt zu haben, aus dem Graben hervor und schritten auf die feindlichen Linien zu, wobei der Seminarist eine Fahne des Roten Kreuzes schwenkte. Sofort hörte die Fülllade von beiden Seiten auf und einige Minuten später kamen drei deutsche Offiziere aus ihren Laufgräben hervor und gingen unseren Braven entgegen. „Was haben Sie dort?“ fragten sie unseren Seminaristen. „Die Verbundenen von gestern aufheben, die unsere Linien nicht haben erreichen können.“ — „Das ist sehr gut, aber wenn Sie gestern gekommen wären, hätten wir ebenso mit dem Schießen aufgehört.“ Dann gab einer von den Offizieren dem Seminaristen die Hand und fügte hinzu: „Sie sind ein tapferer Mann. Wir geben Ihnen eine halbe Stunde, um Ihre Aufgabe zu vollbringen.“ Das alles wurde in einem ausgezeichneten Französisch gesagt. Unterdes waren die deutschen Soldaten auf die Brustwehr ihrer Schützengraben geklettert und schätzten in die Hände und schwenkten begeistert ihre Knappen. — Unsere zwei Sänfenträger machten sich also ans Werk und brachten uns fünf bis sechs Verbundene, die rasch außer Gefahr gebracht wurden. Nach Ablauf der von den deutschen Offizieren bewilligten halben Stunde begannen die Kanonen und Gewehre wieder diese Stelle zu überschütten, wo diese wahre Heldentat vollbracht worden war.“

### Kriegsbekanntmachungen.

#### Auskunft über die Verluste des „Blücher“.

Berlin, 2. Februar. (W. L. V.) Dem Zentralarbeitsnachweisedureau der Marine gehen zahlreiche Anfragen wegen der Verluste S. M. S. „Blücher“ zu. Diese sind zurzeit noch nicht bekannt, und können erst nach Vergleich mit der Liste der in englische Gefangenschaft geratenen Besetzten festgestellt werden. Erfahrungsgemäß ist diese Liste von der englischen Regierung erst in einigen Wochen zu erwarten.

#### Pakete an deutsche Kriegs- und Zivilgefangene.

Den Paketen an deutsche Kriegs- und Zivilgefangene im Ausland brauchen keine Inhaltsverklärungen, weder auf weisem, noch auf grünem Papier, beigegeben zu werden. Die Pakete dürfen keine schriftlichen Mitteilungen enthalten; bei Nichtbeachtung dieser Vorschrift werden die Pakete von der Weiterbeförderung ausgeschlossen. Die Abänderer müssen auf der Vorderseite der Pakete außer dem Vermerk: „Kriegsgefangenen sendung“ (oben rechts) noch den Vermerk: „Das Paket enthält keine schriftlichen Mitteilungen“ niederschreiben, und zwar in dem sonst für die Vertanngabe und den Nachnahmebetrag (bei Wertpaketen nur in dem für den Nachnahmebetrag vorgesehenen Raume. Auf die Notwendigkeit genauer und deutlicher Aufschriften auf Paketen und Paketarten wird erneut hingewiesen; die Aufschriften sind stets in lateinischen Buchstaben zu schreiben.

Es ist zu beachten, daß im Sinne dieser Vorschriften als Zivilgefangene allgemein nur die in Gefangenenlagern oder Zivilgefängnissen auf militärische Anordnung hin festgehaltenen, nicht aber die auf freiem Fuße befindlichen Zivilpersonen gelten können, die nur unter Aufsicht gestellt oder gewissen Beschränkungen unterworfen sind.

Alle zurzeit für den Postverkehr der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen im Auslande gültigen Vorschriften sind in einer neuen Uebersicht zusammengestellt worden, die an Stelle der bisher gültigen Uebersicht im Schaltervorraum aller Postanstalten ausgehängt wird.

#### Aufflieg von Freiballon.

Antsch. Berlin, 2. Februar. (W. L. V.) Zu militärischen Ausbildungszwecken werden von den ersten Tagen des Februar ab vorzugsweise an Sonntagen von einem der bei Berlin gelegenen Aufstiegsplätze Freiballons aufgelassen werden, deren Landungsort vorher nicht zu bestimmen ist.

Um die Bewohner vor Beunruhigung und die Korbinassen vor Gefahren zu bewahren, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ballons an der unteren Hälfte zwischen Ballonstiel und Key durch drei Eisene Kreuze gekennzeichnet sind.

#### Rundmachung

#### an die österreichisch-ungarischen Wehrpflichtigen.

Berlin, 2. Februar. (W. L. V.) Die bei der Landsturmmusterung in Berlin als zum Landsturm dienste mit der Waffe „geeignet“ erklärten österreichischen und ungarischen Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1878 bis 1896 haben am 15. Februar 1915 zur aktiven Dienstleistung einzurücken.

Dieselben haben sich am 15. Februar 1915 bei dem L. L. Landwehr-Ergänzungs-Bezirks-Kommando, welches von ihrem derzeitigen Aufenthaltsorte das nächstgelegene in Oesterreich ist, zu melden.

Dieses L. L. Landwehr-Ergänzungs-Bezirkskommando wird hierauf die Weiterbeförderung jedes einzelnen Landsturmpflichtigen zum zuständigen Ergänzungs-Bezirkskommando veranlassen.

Für den Amtsbezirk des L. und L. Generalkonsulats Berlin kommen als Meldestellen die L. L. Landwehr-Ergänzungs-Bezirkskommandos in Leitmeritz, Komotau, Turnau und Eger zunächst in Betracht.

Ein weiterer schriftlicher Einrückungsbefehl an die geeignet befundenen Landsturmpflichtigen wird nicht mehr erlassen.

Die geeignet befundenen Landsturmpflichtigen genießen auf Grund ihrer Landsturmlegitimationsblätter gegen Verweisung derselben freie Eisenbahnfahrt in Deutschland sowie in Oesterreich-Ungarn.

Der L. und L. Generalkonsul: Szarbofy.

### Letzte Nachrichten.

#### Deutsche Ansiedler müssen das Gouvernement Ploß verlassen.

Warschau, 2. Februar. (W. L. V.) Wie der „Warschauer Dnevnik“ berichtet, ist von dem russischen Oberkommandierenden eine Verfügung getroffen, daß alle deutschen Kolonisten aus dem Gouvernement Ploß ausgewiesen werden. Die Deutschen erhielten Befehl, innerhalb 6 Tagen nach Empfang der Benachrichtigung das Land zu verlassen. Ganze deutsche Familien reisen eilig nach den ihnen zur Ansiedlung bestimmten Orten im Innern Rußlands ab.

#### Englische Rundgebungen gegen die Teuerung.

London, 2. Februar. (W. L. V.) Das Organ der Londoner Arbeiterpartei „Daily Citizen“, kündigt an, daß am 13. Februar in 44 größeren Städten Rundgebungen gegen die Teuerung stattfinden sollen.

**Theater für Mittwoch, 3. Februar:**  
**Berliner Theater**  
 8 Uhr: „Extrablätter!“  
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.  
 7 Uhr: Siegfried.  
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
 8 Uhr: Gasparone.  
 In Vorb. Figaros Hochzeit v. Mozart.  
**Gebr. Herrfeld-Theater**  
 8 Uhr: Familie Plaschek.  
 Helbring contra Helbring.  
**Kleines Theater**  
 8 Uhr: Jettchen Geberl.  
**Komische Oper** (a. d. Weiden-  
 dammerbrücke)  
 8.10 Uhr: Gold gab ich für Eisen.  
**Komödienhaus**  
 8 Uhr: Biedermeier.  
**Lessing-Theater**  
 8 Uhr: 2 x 2 = 5.  
**Lustspielhaus**  
 8 1/2 Uhr: Leutnantsmüdel.  
**Metropol-Theater**  
 8 Uhr: Woran wir denken!  
**Montis Operetten-Theater**  
 8 Uhr: Der liebe Pepi.  
**Residenz-Theater**  
 8 Uhr: Krümel vor Paris.  
**Rose-Theater**  
 8 Uhr: Sein ganzes Glück.  
**Schiller-Theater O.**  
 8 Uhr: Husarenleber.  
**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
 8 Uhr: Der Störenfried.  
**Thalia-Theater**  
 8 Uhr: Kam'rad Männe.  
**Theater am Nollendorfpl.**  
 8 1/2 Uhr: Immer feste druff!  
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Verschwander.

**Theater des Westens**  
 8 Uhr: Rund um die Liebe  
 4 Uhr: Vater zieht ins Feld.  
**Theater in der Königgrätzer Straße**  
 8 Uhr: Rausch.  
**Trilanon-Theater**  
 8 1/2 Uhr: Das Liebesnest.  
**Volksbühne. Theater am Bätowplatz**  
 8 1/2 Uhr: Die Kreuzschreiber.  
**Walhalla-Theater**  
 8 1/2 Uhr: Die Förster-Christl.  
**URANIA Taubenstr.**  
 48/49.  
 4 Uhr (Halbe Preise):  
**Auf den Schlachtfeldern Ostpreußens.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Vogesen und ihre Kampfstätten.**  
**WINTERGARTEN**  
 Johanna Terwin  
 v. Deutschen Theater, Berlin, u.  
 Jakob Tiedtke  
 v. Lessing-Theater, Berlin, in:  
 Landwehmann und Pikarde.  
 Zeitbild in einem Akt von  
 Otto Reutter.  
 Serene Nord  
 mit ihren Wassernymphen.  
 Rosa Felsagg  
 mit ihrem Aeroplan.  
 Else Berna  
 Operettensängerin  
 sowie der neue  
**Februar-Spielplan!**  
 Kleine Preise!  
**Casino-Theater.**  
 Gottinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
 Das gr. Februar-Spezialprogramm  
 Fritz Brand Weida Braatz  
 Lucie Bernardo Gebrüder Roberts  
 Nur noch kurze Zeit:  
**Durch dick und dünn.**  
 Sonnt. 4 Uhr: Durch Klippen u. Wellen

**Luisen-Theater.**  
 Täglich 8.15 Uhr: Mein Leopold  
**Zirkus Alb. Schumann**  
 Heute Mittwoch, Anf. 7 1/2 Uhr.  
 Gr. Extra-Vorstellung  
 mit d. neuen Programm. U. a.  
 Artur Saxon-Trio,  
 die stärksten Männer der Welt mit  
 ihrer lebenden Automobilbrücke.  
**Der fallende Mensch.**  
 Die 3 Harnas in ihrem  
 neuesten Sportakt.  
 Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:  
**Ost und West**  
 Großes patriotisch. Schauspiel  
 aus der Gegenwart in 4 Akten  
 m. d. phänom. Schlußapotheose  
**Theater-Folies-Caprice**  
 Possen-Theater  
 Moritz wird energisch.  
 Das Leutnantsfenster.  
 Landwehrlente.  
 Martin Keitner a. G.  
**In Kriegszeiten soll man sparen!**  
 Sparsame Hausfrauen verwenden  
 nur noch  
**Rauer's Mischungen**  
 pro Pfd. 90 Pfg. M. I. - M. II. 10  
 den durch bewährte  
**Kaffee-Ersatzmittel**  
 Verbilligten Bohnenkaffee  
**Kaffee-Rösterei**  
**Rauer & Co.**  
 Berlin C. 54  
 Neue Schönhauserstr. 3  
 Haben Sie Stoff?  
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
 nach Mass, schick, dauerh. Zutaten  
 von 25 Mark an. Moritz Laband,  
 Neue Promenade 8, (Stadth. Börs.)  
**Heines Werke**  
 3 Bände 4 Mark  
 Buchhandlung Vorwärts

**Volgt-Theater.**  
 Badstr. 58. Badstr. 58.  
 Heute Mittwoch, den 3. Februar:  
**Der Veilchenfresser.**  
 Lustspiel in 4 Akten.  
 Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
**Palast-Theater am Zoo.**  
 8 1/2 Uhr: Nur bis inkl. 4. Februar:  
**Wir Barbaren!**  
 Zeitgemäßes Lustspiel in  
 4 Akten.  
**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger.  
 Zum Schluss:  
**Weihnachtsabend**  
 im Schützengraben  
 Anfang 8 Uhr.  
 Militärpersonen und deren Angehörigen  
 willkommen freier  
 Zutritt zu den  
 Stett. Sängern.  
**Meierei C. Bolle**  
 Berlin N.W. 21  
 Alt Moabit  
 99/103  
 Ältester und grösster  
 Milchwirtschaftlicher  
 Grossbetrieb

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Verwaltung Berlin.  
**Gemeinsame**  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
 aller Bezirke und Branchen  
 am Donnerstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Gewerkschaftshause, Engelfufer 15, Saal 4.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt über:  
**Der Krieg und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter.**  
 2. Diskussion.  
**Möbelpolierer.** Bezirk Weissensee. Sonntag,  
 den 7. Februar, vormittags 10 Uhr,  
 im Prälaten, Ledeburstr. 122.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht des Obmanns. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Verschiedenes.  
 Es ist dringend notwendig, daß alle Kollegen in der Versammlung  
 erscheinen.  
**Die Versammlung der Stellmacher im Rosenthaler**  
**Hof fällt heute Mittwoch aus.**  
 Die Ortsverwaltung.  
**Deutscher Arbeiter-Wanderbund**  
**„Die Naturfreunde“**  
 (Ortsgruppe Berlin).  
 Freitag, 5. Februar, im großen Saale des Gewerkschaftshauses,  
 Engelfufer 15:  
**Gr. öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern**  
 über die Kunstschätze Belgiens und Nordfrankreichs.  
 Vortragtender: Genosse Georg Krämer.  
 Eintritt frei. Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Zur Richtigerstellung teilen wir mit, daß der Deutsche  
 Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ mit dem Verein der  
 Naturfreunde, welcher am Sonntag, den 31. Januar, im Gewerkschafts-  
 hause einen Lichtbildervortrag veranstaltet hatte, nicht identisch ist.  
 J. H.: Fritz Kruse, Warltmannstr. 11.

**Allgemein-Vertriebenes**  
**Truffolo Cigarettenfabrik.**  
**Manoli-Zigaretten**  
**Dandy 3 Pf**  
 Jetzt auch mit und  
 ohne Mundstück  
**BOSNIA**  
**CIGARETTEN**  
 Etwas  
 ganz Besonderes  
**MAL-KAH**  
 Company  
 Berlin N. 29 Pankstr. 65.  
**Muratti-**  
**Cigaretten**  
 Fordert  
 nur KADDA-Cigaretten  
**Kressin**  
 Raucht herbstoll  
 Cigaretten  
**Alkoholf. Getränke**  
**Franz Abraham**  
 Bank Messina-Römertrank-Kell.  
 C. 35 Barisd. 2a, Fernsp. Kgt. 13708  
 Beleuchtungsgegenstände  
 Buttner, A., Dandigerstr. 24.  
**Bade-Anstalten**  
 Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.  
 Bad Alt-Moabit 104 Krank.-Kass.  
 Landsberger-Str. 107,  
 Gollnowstr. 41, Liefer.  
 sämtlich, Krankenkl.  
 Bad Börs, Dirksenstr. 50.  
 Neukölln  
 Central-Bad, Ansenruberstr. 23.  
 Koppenstr. 93  
 Diana-Bad, sämtliche Bäder.  
 National-Bad, Brunnenstr. 2.  
 Bad Ostend, Boxhag-Str. 17  
 Lief. all. Kassen  
 Passage-Bad, Kottbuser-  
 Damm 79.  
 Reform-Bad, Wiener Str. 63.  
**Schiller-Bad, Müllerstr. 153 a.**  
**Silesia-Bad** in allen  
 Schöneberg-Str. 21.  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
 Ammus, Wilh., Uckerländerstr. 11.  
 F. Breitkopf, Exerzierstr. 19 a.  
 Waldemar Brose, Dreierstr. 3  
 Hermann Buß, Grünauerstr. 12.  
 Frig. Eichler, Bastianstr. 15.  
 Emanuel Flögel, Mirbachstr. 26.  
 Er. Friedrich, Eisenbahnstr. 33.  
 Rob. Gebler, Wildenbruchstr. 68.  
 O. Götz, Wiesenstr. 31, Br. S. grass 58.  
 A. Großberndt, Wittstockerstr. 27.  
 E. Großhinsky, Boxhagenerstr. 27.  
 Gust. Helmschel, Nollendorferstr. 26

**Erscheint 2 mal**  
**wöchentlich.**  
**Phänomen**  
**MONA**  
**LISA** Die neue 33  
 Qualitäts-  
 Cigarette  
 Otto Hoff, Chabelnerstr. 13.  
 P. Klawewetter, Schönebergstr. 16.  
 F. Klinko, Weissenb., Lehderstr. 120.  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
 R. Kleiner, Schulstr. 105  
 Max Kühn, Triftstr. 9  
 Felix Kynast, Dänenstr. 4.  
 Carl Lindenberg, Lybckerstr. 4.  
 P. Müller, Willibald-Alexisstr. 43.  
 G. Münch, Kiezlerstr. 111  
 Carl Neundorff, Sickingenstr. 79  
 Gustav Nielsen, Lindowstr. 9  
 P. Nitschke, Cadinerstr. 4.  
 J. H. Popp, Ansestr. 104, Baisiedel-Str.  
 Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 27.  
 Osw. Raubert, Gürtelstr. 31  
 Gust. Raubert, Metzgerstr. 11  
 H. Saunus, Alieustiner Str. 26.  
 Emil Schaller, Schreinerstr. 52.  
 Paul Schmitt, Amsterdamstr. 9.  
 Paul Schön, Koppenhagenstr. 74.  
 Adolf Schulz, Fiorastr. 78 Pank.  
 Filialen in allen  
 Stadtteilen.  
**Turban**  
 E. Weber, Provinzstr. 49, Baisiedel-Str.  
 Karl Weinholtz, Kamerunerstr. 47.  
 Emil Werk, Samariterstr. 8.  
 Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 12  
 Zachau, Gr.-Lichterf., Casselerstr. 154  
 Paul Zastrow, Stromstr. 33.  
**Bandagen, Gummwaren**  
 R. Bauck, Stralauer Str. 56.  
 J. Kabelle, Rosenthalerstr. 25.  
 E. Kraus, Lemmerstr. 35.  
 A. A. Lange, Brunnenstr. 108  
 H. Neusch, Breitest. 24, Spandau.  
 Nicolai N. Lindenstr. 127.  
 M. Spranger, Reinickend. Str. 11.  
**Beerdigungsanst. Sargmgt.**  
 J. Lixalinski, Gerichstr. 20.  
 H. Petermeyer, Streiberstr. 2.  
**Butter, Eier, Käse**  
**Concordia-Butterhandl.**  
**des Ostens**  
 Bruno Freche  
 15 Detail-  
 geschäfte  
**Gebr. Gause.**  
 Wilhelm Göbel  
 25 eigene Filialen.  
 August Holtz  
 15 Detail-  
 Geschäfte.  
 Hubertus, Butterhdg., Strausberg  
 Herm. Kanert, Culmstr. 29  
**Gebrüder Manns**  
 48 eigene Detailgeschäfte  
 Kosmalla, E., 4 Detail-  
 Geschäfte  
**„Nordstern“**  
**„Mercur“**  
**Schröter, R.**  
 43 Verkaufsstellen 43  
**Gebr. Siegert**  
 Wiener Str. 65. Butter, Eier, Käse.  
**Uhly & Wolfram**  
 Blumen und Kränze  
 M. Klinkow, Triftstr. 69

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**  
**Bierbrauerei, Bierhdg.**  
**Brauerei Bötzw**  
 empfiehlt  
**Qualitätsbiere**  
 ersten Ranges  
**W. Adelung & A. Hoffmann**  
 Akt.-Brau. Potsdam-Bis. Nieder.  
 Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15  
 Brandenburgerstr. 110  
 Spez. Potsd. Stangenbier  
**Berliner**  
**Bock-Brauerei**  
 empfiehlt  
**anerkannt vorzügl. Biere**  
**Osw. Berliner**  
 Ur-Berliner, hell und dunkel  
 Hempel, E., Müllerstr. 136 d.  
 Luisebrauerei Weissensee.  
**Brauerei Königstadt**  
 feinste Qualitätsbiere.  
**C. Habels Brauerei**  
 hell - Habelbräu - dunkel.  
**Weissbier - Caramelbier**  
 Brauerei E. Willner  
 Pankow.  
**Löwen-Brauerei**  
 vorzügliche Fab- und  
 Flaschen-Biere.  
**Münchener Brauhaus**  
 Berlin und Oranienburg  
**Brauerei Pfefferberg.**  
**Trinkt Wanninger Bier!**  
**Veritas-Brauerei Teutonia, NW 87.**  
**Weissbier, C. Breithaupt,**  
 Güntehra-Stral.-Drog. 24/25/26/27  
 W. Kleemann, Berg-Dräger, Bergstr. 27  
 Weder-Dräger, Britz-Badweg 24  
**Cigarrenfabriken**  
**JUHL**  
 250 GESCHÄFTE  
**G. Kaphun**  
 Verkaufsstellen  
 in allen Stadtteilen.  
**Carl Martenzen**  
 Cigarren-Fabrik  
 Filialen in allen Stadtteilen.  
**J. Neumann**  
 300 Niederlagen.  
**Richter & Franke**  
 Filialen in all. Stadtteilen  
**Paul Reiß** Friedrichstr. 128  
 und Filialen.  
**Cacao, Schokolad., Confitur.**  
**SAROTTI**  
 Kakao und Schokolade  
 preiswert  
 beliebt in jedem Haushalt.  
 Seiffert, E., Pfend. in Berlin  
 und Vororten  
**Cyliax, G.,** Stadtteilen.  
**Cigarrenhandlungen**  
 Fanny Baumert, Lindowstr. 23  
 C. Kahlmann, Turmstr. 47.  
 O. Kunze, Reinickendorfer Str 14  
**Elfen, Stahlwaren, Waffen,**  
**Werkzeuge**  
 Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.  
 Grüner Weg 49  
 Wrangelstr. 59  
**Otto Belg**  
 G. Brucklacher, Oranien  
 A. Eibertin, Ackerstr. 122.  
 Carl Jung, Stromstr. 31.  
 Otto Lehmann, Neuk., Friedelstr. 9.  
 Rühmann, P., Müllerstr. 406, E. Seest.  
**Fleisch- u. Wurstwaren**  
**W. Beck**  
 Inh. Herm. Gerbsch  
 Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69  
 Fleisch- und Wurstwarenfabrik  
 C. Billerbeck, Charlök., Krune Str. 19  
 Franz Baruslak, Löbckerstr. 25  
 Fr. Brauer, Neukölln, Walterstr. 55  
 Wrangel 54 Brunnen 26  
 Willy Dorfmann, Wienerstr. 62  
 Bruno Dörr, Mantuffelstr. 29  
 Dresden, Fleisch-Centr. Drauerstr. 17.  
 Otto Eigner  
 A. Fahl, Nklln., Libberdstr. 15  
 P. Fängler, Cöp., Flemingstr. 33  
 E. Fensch, Alieustiner Str. 12  
 Fleischerei, Frankfurter Allee 150  
 Willy Gericke, Petersburgerstr. 21  
 M. Grünwald, Koppenhagenstr. 68.  
 R. Holzbüttel, Putzbusserstr. 46.  
 Hubrich, Ramlerstr. 22.  
 Wilh. Kurr, Wrangelstr. 53  
 H. Leibnitz, Nklln., Schönstadtstr. 16  
 August Lincke, Alte Jacobstr. 26  
 Rostockerstr. 25 43.  
 Luecke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr.  
 Paul Matschke, Theaterstr. 17  
**G. A. Müller**  
 Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.  
 Spezialität: Frankfurter Würstchen  
**A. Möbes Nchf.**  
 Fleischwaren u. Wurstfabrik  
 Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4  
 K. Neger, Nklln., Friedelstr. 21  
 G. Pelt, Andreasstr. 77b.  
 Gustav Pfennig, Golzkowskystr. 12  
 Jos. Ritzke, Stralauer Allee 21a  
 G. Rohloff, Naunynstr. 8.  
 H. Rose, Trankw. 11, Markthallesb.  
 P. Schmuthagen, Belfer Str. 11  
 Otto Schneider, Rostockerstr. 20  
 Hohenfried-  
 burgerstr. 1.  
 Paul Spenn, Koppenhagenstr. 25  
 Gustav Stolz, Hussitenstr. 44.  
 E. Thral, Seidenerstr., Schwarzbergerstr. 37  
 P. Wendt, Simon Dachstr. 24  
 P. Wunderlich, Bötzwstr. 28.  
 Paul Zwarg, Landsberg-Allee 124.  
**Haus- u. Küchengeräte**  
 G. Geiger, Schleiferei, Müllerstr. 7  
 Reinickend. 25. 6.  
 Frz. Kamerowsky Bill. Bezugsqu.

**Untenstehende Geschäfte**  
 empfehlen sich b. Einkäuf.  
**Essigfabriken**  
**Glagow & Schwabe** Gutschiner  
 Straße 63.  
**Timmer-Essig**  
 überall erhältlich!  
**Picco, Conserven**  
 Max Finahn, Adalberstr. 12.  
 Göttemann, Bismarck-Gr. Frankf. 84, 123  
 P. Stehr, Fischbdg., Rauscherw.,  
 Weidenweg 19 Pfl. Frankf. Allee 151/52  
**Morren- u. Knabengard.**  
**J. Baer** Badstr. 26, Ecke  
 Prinzen-Allee.  
**Fabisch & Co.** Eckhaus Lindenstr.  
**Leske & Slupecki, Schick-Allee 78 a.**  
**Müte, Mützen, Pelzwar.**  
**! Kauft beim Hutmacher!**  
**Gebr. Bolase**  
 Müllerstraße 155.  
**A. Lemaire, Wilmsstr., Berlinerstr. 122.**  
 Schoerr, Herm., Wilmstr.-Str. 46.  
**Vester, E.** Damm 18/19  
**Kaffee-Rösterei**  
**A. Zuntz sel. Wwe.**  
 Filialen und Niederlagen  
 in allen Stadtteilen  
 Nur reelle Qualitäten  
 Assortiert verteilte Bezugsquelle  
**Kaffee, Tee, Kakao**  
 und **Schokolade etc.**  
 Hamburger Kaffee-Importgeschäft  
**Emil Tengelmann**  
**Kaufhäuser**  
**Paul Falkenstein** Höchst, Str. 1  
 Rabattmarkt.  
**Kohlen, Holz, Briketts**  
 H. Geike, Gussowstr. 1, E. Hiltigstr.  
**Kolonialwaren**  
 C. Böse, Provinzstr. 109, Baisiedel-Str.  
 Fritz Höbner, Schliemannstr. 11.  
 Franz Möws, Muskauerstr. 34  
 O. Pöschel, Schwedenstr. 18.  
 Franz Richter, Malplaquestr. 25, 26  
 Runge, Otto, Skills, Hermannstr. 54.  
 A. Sükant, Klühhdg., Seidenerstr. 21, 108  
 Erich Tietz, Weissenb., Langstr. 129.  
**Kurz-, Weiß-, Wolle-, Trikotage.**  
 Hoppe, E. Scharnweberstr. 22.  
 Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 21.  
**Mehlhändler**  
**Bethke, Georg,** Hauptstr. 44  
 Seckella, Elberstr. 23, Kaiser-Friedr.-  
 Str. 44, Wasserstr. 153, Friedelstr. 25.  
 Treptow, Grün-Str. 44.  
**Prese, Ernst** 6 Geschäfte  
 im 80.  
**Gaede, Otto** Charlotten-  
 burg.  
 Ernst Hoffmann Kolonnenstr. 4.  
 Brückenerstr. 1.  
 F. Pfingstschäfer, Colonnenstr. 45.  
 F. W. Sichter Wrangelstr. 75  
 E. Moke Cuvrystr.  
**Möb. Imago**  
 P. Bock, Klosterstr. 89, Spandau.  
 J. Kempel, Stephanstr. 33.  
**Molkereien**  
 C. Braun, Eldenerstr. 25  
 Wilhelm Freier, Bouchestr. 89.  
 H. Friedrich, Straßburgerstr. 63a

**Meierei**  
**C. Bolle**  
 A.-G.  
 Berlin N.W. 21 Alt Moabit  
 99/103  
 Ältester und grösster  
 Milchwirtschaftlicher  
 Grossbetrieb  
**Weine, Liköre, Fruchtsäfte**  
**E. Ballin & Co.**  
 Cognak-Brennerei  
 Dampf-Likörfabrik  
 Nur Qualitätsliköre.  
**Hugo Beling**  
 60 Filialen in allen Stadtteilen.  
**P. Kirchner & Co.**  
 Cognak, Likörfabrik  
 Kirchners Araber,  
 Groß- u. Klein- u. P. Prudenberg.  
 Otto Albert Schulz Frankfur. a. M.  
 Allee 159  
 Groß-Destillation, Ausschank.  
**Herm. Meyer & Co. Act. G.**  
 ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.  
**Oswald Nier**  
 20 Filialen und Weinstuben  
 Brunnenstr. 16  
 und Filialen  
 Kl. Verh. u. Eggstr.  
**Ignatz Sello**  
 Unterberg-  
 Boonekamp  
 Anerkannt bester Bitterlikör  
**Sprit- und Likörfabrik**  
 Ringfrol  
 m. & W. Müller  
 Duckowstr. 78.  
**Britz**  
 St. Sorowka, Tackelstr. Radowerstr. 24  
**Friederich**  
 Carl Schloßer, Br. u. Feinbaker.  
 Carl Tegel, Brot- u. Feinbäckerei  
**Königs-Wusterhausen**  
 G. Hübscher, Uckerstr. 29, Baisiedel-Str.  
**Kaufhaus Emil Bergmann**  
**Wahlstr.**  
 Bäckerei, Kesselflor.  
 Rud. Gronow, Café, Bahnhofstr. 33  
**Mariendorf**  
 Frau A. Pagel, Kolonialwaren.  
**Neukölln**  
 E. Tietz, Bäck., Gr.-Bismarckstr. 128.  
 H. Wagner, Klühhdg. 11, Fleisch- u. Wurst.  
**Spandau**  
 Carl Heinrich, Bäck., Schloßstr.  
 Schwerlein, Bismarckstr. 25, Fleisch- u. Wurst.  
**Tempelhof**  
 J. Hohmann, Bäck., Friedr.-Wilk.-Str. 37.  
**Weissensee**  
 P. Jürgen, Kolonw. Hert. Allee 188.  
 Thibing's Drogerien Weissensee  
 Otto Obst, Fl. u. Wurst. Elsdorferstr. 29  
**Wilhelmsruh**  
 Weidner & Lohberg, Kolonw. Hauptstr. 29  
**Zossen**  
 Warenhaus S. Cohen

### Hochschutzzoll und Krieg.

In der Presse, die sich die Interessenvertretung der Landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmer zur Aufgabe gesetzt hat, kann man jetzt täglich Urteile darüber finden, daß sich die deutsche Hochschutzzollpolitik im Kriege glänzend bewährt habe. Es wird da behauptet, daß es nur der deutschen Landwirtschaft zu danken sei, daß trotz des von England geführten Wirtschaftskrieges die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung gesichert sei und daß allein die deutsche Agrarpolitik dieses Ziel habe erreichen können.

Da singt man weiter ein Lob auf die deutsche Industrie, welche die Kriegstochter auf die heutige Höhe gebracht und die sich an die durch den Krieg veränderten Verhältnisse und Bedürfnisse in erstaunlicher Schnelligkeit angepaßt habe. Auch hinter diesem Lob sieht wieder ausgesprochen oder unausgesprochen die Begründung, nur unsere industrielle Hochschutzzollpolitik habe das erreichen können.

Merkwürdigerweise haben derartige Urteile — besonders über die deutsche Landwirtschaft — Eingang auch in Kreise gefunden, die in Friedenszeiten zu den schärfsten Gegnern dieser Hochschutzzollpolitik zählten. Neben dem bürgerlichen Liberalismus, der fast ohne Ausnahme sich zur bedingungslosen Anerkennung dieser Politik bequemt hat, scheint sich auch in den Reihen unserer Partei das kleine Häuflein zu mehren, das stets mit der bestehenden Schutzollpolitik kokettiert hat. Vor kurzem gingen durch die bürgerliche Presse Ausführungen eines Genossen (die allerdings in einem nicht sozialdemokratischen Blatt veröffentlicht worden waren) unter der Ueberschrift: „Sozialdemokratisches Zeugnis für unsere Wirtschaftspolitik“, nachdem die „Deutsche Tageszeitung“ eine fast völlige Uebereinstimmung ihrer vom Bunde der Landwirte vertretenen Anschauungen mit jenen des sozialdemokratischen Schriftstellers feststellte hatte.

Die Frage wollen wir ganz ununtersucht lassen, ob eine sozialistische Arbeiterpartei überhaupt ihre Zustimmung zu Maßnahmen erteilen soll, die zwar in Kriegszeiten gewisse Vorteile bringen können, in Friedenszeiten aber sicher Nachteile für die Konsumenten mit sich führen. Das würde uns auf eine Untersuchung des Wesens der spezifisch proletarischen Politik im Gegensatz zu jeder andern Politik führen. Hier wollen wir nur daran erinnern, daß bei den Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion über das geplante Reichs-Petroleummonopol unseres Erachtens mit Recht argumentiert wurde: die Zustimmung zum Monopol könne nicht davon abhängig gemacht werden, ob das an den Staat zu liefernde Petroleum in Kriegszeiten als Staatseigentum eher der Beschlagnahme als Kontierbande unterliege als das an Private zu liefernde Brennöl.

Wenn heute von den Verteidigern der landwirtschaftlichen Hochschutzzölle gesagt wird, diese Politik habe die Landwirtschaft so gekräftigt, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands vom Auslande unabhängig sei, so wird dabei übersehen, daß die Versorgungsverhältnisse diesmal äußerst günstig lagen. Der Krieg brach zu Beginn der Erntezeit aus, als alle Vorräte noch im Innlande waren. Wie hätte sich aber die Versorgung gestaltet, wenn der Krieg in einem späteren Monat des Erntejahres begonnen hätte? Bekanntlich ist infolge des mit der deutschen Zollpolitik verknüpften Einfuhrverbotes in Deutschland zeitweilig vorübergehend von größeren Vorräten entblößt. In einem solchen Moment nützt auch die größte eigene Produktion nichts. Es kommt hinzu, daß die im Kriege eintretenden Wechselfälle die Versorgung in Frage stellen können, wenn die Produktion der Nahrungsmittel auf ein von der feindlichen Invasion besonders bedrohtes Gebiet beschränkt ist. Die auch nur vorübergehende Besetzung dieses Haupt-Produktionsgebietes wird dann sofort erhebliche Lücken in die Vorräte reißen und den Erfolg der ganzen in Friedenszeiten verfolgten Agrarpolitik aufheben.

Will man die Versorgung der Bevölkerung in Kriegszeiten unbedingt sicherstellen, so bleibt kein anderer Ausweg, als in Friedenszeiten durch ein gewaltiges Magazinsystem hinreichende Vorräte anzustapeln. Die Vorräte müßten dabei auf die einzelnen Konsumgebiete je nach der Höhe der Kopfzahl verteilt werden. Bei diesem System wäre es natürlich gleichgültig, ob die Vorräte aus heimischer oder fremder Produktion stammten. Dies System hätte

überdies den Vorteil, daß die Regierung in Not- und Feuerjahre durch Abgabe von Getreide die Preisgestaltung beeinflussen könnte. Die Konsequenz eines solchen Systems wäre ein dauerndes staatliches Getreidemonopol, denn verständlicherweise müßten die aufgeschichteten Vorräte mit Rücksicht auf die Haltbarkeit im Laufe eines jeden Jahres nach und nach abgetoßen und neu ergänzt werden. Vom sozialistischen Standpunkt aus ist gegen ein solches System nicht nur nichts einzuwenden, sondern es liegt sogar im Sinne unserer Forderungen. Voraussetzung wäre nur, daß es nicht, wie in Rußland geplant, den Produzenten Ertragsgewinne sichert, sondern vor allem den Konsumenten zugute kommt.

Die Erfahrungen, die bereits während dieses Krieges gemacht worden sind, sprechen jedenfalls lebhaft für das stütztere Monopolsystem. Im Kriegsjahre würde es von ganz anderer Wirksamkeit sein, als die jetzige staatliche Regelung als eine bloße Kostensaktion begriffsstärkerweise wird aufweisen können.

Was die behauptete Bewahrung der industriellen Zollpolitik anbetrifft, so liegt hier die Meinung weit einfacher. Die Zölle auf industrielle Produkte tragen ja die Bezeichnung „Schutz“ zoll zu Unrecht. Niemand wird behaupten wollen, unsere Kohlen- und Eisenindustrie könne ohne diese Zölle nicht mit der englischen, belgischen oder französischen Industrie konkurrieren. Das Wort „Schutz“ bedeutet hier noch weniger als bei der Landwirtschaft Erziehung- oder Existenzzoll, sondern nur die Tatsache, daß der heimischen Industrie der innere Markt, insbesondere was die Preisgestaltung anbetrifft, überlassen wird.

Die Zollpolitik erleichtert zugleich die Kartellierung und Syndizierung der hauptsächlich „geschützten“ Kohstoffindustrien, was wieder in der bekannnten Weise auf das Verhältnis von Industrie und Abnehmer (Konsument) bzw. Unternehmer und Arbeiter zurückwirkt.

Die großen Unternehmungen der Kohstoff-, Elektrizitäts- und chemischen Industrie danken ihre Stellung auf dem Weltmarkt viel mehr der wissenschaftlichen Arbeit in den technischen Hochschulen, dem Patentrecht und dem Bildungsniveau der deutschen Arbeiter als dem Schutz Zoll. Es liegt daher keine Veranlassung vor, anzunehmen, die Industrie müßte im jetzigen Kriege weniger leistungsfähig sein, wenn sie nicht durch Zölle geschützt gewesen wäre. Wenn aber gar von interessierter Seite behauptet wird, die Industrie bringe jetzt besondere Opfer und müsse deshalb in den kommenden Friedenszeiten noch mehr geschützt werden, so muß dem schon jetzt entgegengehalten werden: Unter dem Schutz der deutschen Wirtschaftspolitik hat die Industrie Jahrzehnte lang besonders leicht und vorteilhaft arbeiten können. Die von dem neuen Reichssekretär unter andern nachgewiesene Steigerung des „Volkswohlstandes“ ist wesentlich der Industrie zugute gekommen. Soweit Opfer gebracht werden, können sie dem reichen Fonds der Friedensjahre entnommen und daher viel leichter getragen werden als die Opfer, die der einzelne Bürger an Gesundheit und materieller Einbuße durch Einkommensminderung und Existenzmittelkürzung auf sich nehmen muß.

### Der preussische Staatshaushaltsetat.

Die Finanzverwaltung befand sich bei der diesjährigen Aufstellung des Etats in einer besonders schwierigen Lage. Während in Friedenszeiten streng darauf zu achten ist, daß sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben die Ansätze möglichst der Wirklichkeit entsprechen, ist eine solche Praxis infolge des Krieges unmöglich geworden. Zwar liegt die große Mehrzahl der Verwaltungen ausgaben im allgemeinen fest und erleidet auch durch den Krieg nur unwesentliche Veränderungen, die Einnahmen des Staates dagegen werden durch den Kriegszustand erheblich beeinflusst, und das gleiche gilt von den Ausgaben der Betriebe, soweit sie sich nach der größeren oder geringeren Inanspruchnahme der betrieblichen Veranlassungen richten. Unter den Betriebsverwaltungen hängen besonders die Erträge der Eisenbahn- und der Bergverwaltung von der Dauer und dem Ausgange des Krieges ab. Bei den Steuerverwaltungen wird das Aufkommen an Staatseinkommensteuer und an Stempelsteuern durch den Krieg wesentlich berührt, und von den Staatsverwaltungen leiden besonders die

Justizverwaltung und die Bauverwaltung in ihren Einnahmen unter den Wirkungen des Krieges. Auf allen diesen Gebieten muß jeder Versuch einer wirklich zureichenden Schätzung versagen.

Die Regierung hat deshalb den Ausweg gewählt, bei der Veranschlagung auf die kürzere oder längere Dauer des Krieges und auf seine Nachwirkungen überhaupt keine Rücksicht zu nehmen und den Etatsentwurf unter der Annahme gewöhnlicher Friedensverhältnisse aufzustellen. Abweichungen von diesem Grundsatz sind nur da erfolgt, wo ganze Einnahmequellen fortgefallen sind oder wo ihre Grundlagen durch eine inzwischen eingetretene Veränderung der Verhältnisse sich vermindert haben. So sind z. B. an Einnahmen von 40 Millionen Mark Mindereinnahme eingestellt worden, weil sich bereits heute übersehen läßt, daß beim Veranschlagungssoll für 1915 mit einem starken Ausfall zu rechnen ist. Bei der Bergverwaltung ist die seit der Zeit der letzten Etatsaufstellung gesteigerte oder verringerte Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke und Betriebe bei der Einnahmestellung berücksichtigt worden, soweit es sich um die Berechnung der Produktions- und Verkaufsmengen handelt, dagegen ist es in bezug auf die Verkaufspreise bei den Ansätzen des Etats für 1915 geblieben. Im übrigen sind Ausgaben erhöht oder neu eingestellt nur dann, wenn dies durch feststehende rechtliche Verpflichtungen oder durch unabweisbare Bedürfnisse der Verwaltungen bedingt ist. Neue Beamtenstellen sind nur in seltenen Fällen in den Etat eingestellt, und auf allen Ausgabegebieten hat sich die Verwaltung eine gewisse Beschränkung auferlegt. Sie läßt sich dabei von dem Gesichtspunkt leiten, daß der Krieg, selbst eine noch so frühe Beendigung und günstigen Ausgang vorausgesetzt, vom Staate doch große Opfer erfordert, die sich demnach in erhöhtem Maße Schuldenlast bemerkbar machen werden und daß das allgemeine Wirtschaftsleben, von dessen Gedeihen auch die Staatsfinanzen abhängig sind, noch auf geraume Zeit behindert bleiben wird. Insbesondere ist bei neuen Bauten, soweit nicht etwa Rücksichten auf eine mögliche Arbeitslosigkeit entgegenstehen, sowie bei Dispositions- und Zuführungsfonds die größte Zurückhaltung beobachtet worden.

Wenngleich in Hinblick auf die tatsächliche Nutzlosigkeit von einer eigentlichen Veranschlagung der Ergebnisse des künftigen Jahres Abstand genommen werden mußte, ist doch der Versuch gemacht, den gegebenen Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Natürlich kann niemand wissen, ob das Ergebnis tatsächlich der Annahme entsprechen wird, denn kein Mensch weiß, wie lange der Krieg dauert und welchen Ausgang er nimmt. Das eine steht jedenfalls fest, daß die Entwicklung der preussischen Finanzen in den bisherigen sechs Kriegsmonaten keinen Anlaß zu besonderer Beunruhigung bietet. Der Stand des Wirtschaftslebens spiegelt sich in den monatlichen Einnahmegergebnissen der Eisenbahnverwaltung wider, und diese zeigen deutlich eine gleichmäßig fortschreitende recht erhebliche Verbesserung. Noch im Oktober hat die Regierung mit einem voraussichtlichen Reibverzug von 1,5 Milliarden Mark gerechnet. Der Verlauf der Dinge hat sich indessen sehr viel günstiger gestaltet, als sie damals annahm. Die Regierung glaubt, daß, wenn der Krieg sich nicht allzu lange hingieht, und wenn er das allerfrühestmögliche Ende nimmt, der Entwicklung der Staatsfinanzen im Rechnungsjahre 1915 trotz entgegengegangenen werden kann.

Wir behalten uns vor, später auf Einzelheiten zurückzukommen und bemerken einstweilen nur, daß es gelungen ist, ohne Anleihe Einnahmen und Ausgaben zu balancieren. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4816 Millionen Mark.

### Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen.

Nachstehende Verfügung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß jede Uebersetzung (wenn auch verspätete oder unvollständige Meldung) sowie jedes Anzeichen zur Uebersetzung der erlassenen Vorschriften, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verhängt sind, nach § 9 Ziffer „b“ des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (oder Artikel 4 Ziffer 2 des „Königlichen Gesetzes über den Kriegszustand vom 3. November 1912“) mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird.

#### § 1. Von der Verfügung betroffene Gegenstände.

a) Metallgegenstände und beschlagene Waren vom feinsten Metall ab bis auf weiteres sämtliche Vorräte der nachstehend aufgeführten Klassen in festem und flüssigen Zustand (einerlei ob Vorräte einer, mehrerer oder sämtlicher Klassen vorhanden sind), mit Ausnahme der in § 5 aufgeführten Bestände.

es war noch früh am Tage. Die Juden haben in der Nacht ihre besondere Abteilung für rituelle Bäder. Am Dienstag feigen sie ins Wasser. — In der Nähe der Badeanstalt errichteten deutsche Soldaten einen Holzbock mit je einem Eingang an jeder Seite des langen Bauwerks. Wir erkennen auf dem ersten Blick den Zweck des an der Nordseite direkt geschlossenen Hauses. Nicht einmal ein kleines Fenstereichen gewährt Ein- oder Ausblick. Zur Nacht und Luftzutritt ist gesorgt, ohne daß man von außen eine Orientierung über die innere Einrichtung gewinnen könnte. Ein Trupp Einwohner steht der Arbeit unserer Soldaten ungenierig zu und mander Mlawer mag sich über das Geklimis dieses Baues den Kopf zerbrechen; hat er es begründet, dann läßt Glanzen die Reugier ab, weil die Deutschen für die heimliche Beschäftigung sich so luxuriös einrichten. Hierzulande sind die Menschen latin weniger anspendeboll und — unglücklich. Man weiß ja nicht, daß durch diesen Zustand der Seuchenverbreitung außerordentlich Vorhand geleistet wird. Die in den Lagern Mlawas vorhandenen bearbeiteten Dölger erlauben der Militärverwaltung, ohne sonderliche Schwierigkeiten die erforderlichen „Luxusbauten“ in ausreichender Zahl zu errichten.

Auch auf der Straße kämpft der Hygieniker gegen die winzigen Teufel, freilich kann er die Hindernisse nur Schritt für Schritt überwinden. Die auf offenen Verkaufstischen feilgebottene Waren sollen sauber liegen und nur mit reinen Händen angefaßt werden. Einfach ist die Verordnung, aber schwer Durchführung. Unwissenheit und Gewohnheit sind hartnäckige und alte Feinde des Guten und Besseren — hier wie überall. Ich sah, wie eine Händlerin, die Auchen verkauft, ganz erlosch aufzufallen, als ihr gesagt wurde, sie müsse sich erst die Hände waschen. Das war ihr sicher im ganzen Leben noch nicht vorgekommen. Wegen waschen, die Hände werden ja doch wieder schmutzig, sobald sie nur den Kopf einmal glatt streichen. Der Hygieniker muß sehr auf der Hut sein, will er sein Kampfgebiet hierher behaupten.

Nach den getroffenen Maßnahmen und Vorbereitungen darf man hoffen, daß unsere Truppen aus dieser Gefahrenzone ohne Schaden herauskommen. Vom menschlichen Standpunkt aus kann man nur freudig begrüßen, daß die Einheimischen etwas von moderner Hygiene lernen und ihres Segens teilhaftig werden. Hoffentlich retten sie auf jeden Fall davon wenigstens etwas für die folgende Friedenszeit.

Düwe II, Kriegserichter-Palast.

### Hygiene als Kriegswaffe.

Mlawo, den 23. Januar 1915.

Auf dem großen Marktplatz in Mlawo steht eine häßliche katholische Kirche, davor das Rathaus. Die Synagoge liegt versteckt in einer Nebenstraße. Aber im Hause der Stadtbücher herrscht doch jüdischer Geist und Hygiene. Mlawo hat eine siebenstufige Schule, aber keine Straßenreinigung. Die Ableitung der Schmutzwässer und Gaskalen erfolgte bisher nach den ältesten Methoden und ganz nach den individuellen Schicksalen. Wasserkrümmen sind gegen Verunreinigung nicht gesichert und das ihnen entnommene Wasser mag daher schon oft genug der Träger von Epidemien gewesen sein. Wohl hatte Mlawo eine Badeanstalt errichtet, aber sie galt wohl nur als Luxusgegenstand, der nicht einmal der Pflege bedürfte. Galt verlotert und schmutzharrend macht das Badehaus einen mehr abschreckenden als einladenden Eindruck. — Wir sind hier in einem Lande, wo die Seuchen, Pocken, Cholera, Typhus noch als Heimsuchungen eines strafenden Gottes betrachtet werden und nicht als eine Folge der Vernachlässigung der Hygiene. Gegen Gott darf man sich nicht auflehnen; die Seuchen senden freie Bahn für ihre Verwüstungen. In einem nahegelegenen Dorf ist Typhus ausgebrochen. „Die Soldaten heraus!“ sagt der Hygieniker. „Unmöglich“, erklärt der Kommandant, „die Angriffslinie kann hier nicht unterbrochen werden.“ — Was nun? Der Hygieniker hat die Verantwortung, unsere Soldaten sollen kriegsindig bleiben. Schimpfung der Truppen, Schließung der verbliebenen Wannen, Aufstellung eines Apparats zur Verteilung keimfreien Wassers, Abführung und strenge Heberwachung der Abwasserleitung — das sind die ersten Maßnahmen. Es wird auf Bazillenträger gefahndet, scharfer als auf feindliche Patrouillen und russische Operationen. Soweit es nötig erscheint, erstreckt sich die Schimpfung auch auf die Zivilbevölkerung. — Hier in Polen hat man neben dem Chirurgen als mächtigen Gebieter den Hygieniker an die Front gestellt.

Alle Kräfte der Strategen und Kriegstechniker sind fast nichtig, die Kriegsgeschicklichkeit der besten Truppe ist dahin, wenn der Hygieniker nicht vor den Sturmangriffen der unsichtbaren Keimpestkegler schützt. Das Wähen der Keimpestgewölbe ist ein Spiel gegen die Verheerungen, die eine Seuche unter den Truppen anrichten kann. — Im Lager sah ich und bei

Chirurg mehrere Schwerverwundete, die sich bereits auf dem Wege der Besserung befanden. Ein Mann hatte, während er auf dem Bauche lag, einen Schuß bekommen; das Geschoss drang in flacher Bahn zweimal in den Körper hinein und verließ ihn wieder, um sich dann in den rechten Oberarm des Mannes einzugraben. „Er wird bald wieder munter sein“, sagt der Arzt. „Hier ein Herzschlag, den Mann bringen wir durch!“ — Ein anderer Infanterist hat einen Schuß in den Dickdarm — auch er soll wieder gefechtsfähig werden. Die russischen Geschosse machen den Ärzten weniger Sorge als die verfluchten Bakterien.

In jenem Laboratorium hielt uns der leitende Hygieniker einen Vortrag über die Auffindung und Bekämpfung der Keimpestkegler. Von den getroffenen Maßnahmen profitiert auch die Zivilbevölkerung; für sie ist sogar eine allgemeine ärztliche Behandlung eingerichtet worden. In der Stadt wird aufgeräumt; die Straßen werden mit Schippe und Besen vielleicht ihre erste Bekanntheit. Allerdings, mit einem Schläge lassen sich die Spuren jahrelanger Verachtung von Ordnung und Sauberkeit nicht verwischen. In den Läden sieht man die allerberühmtesten Gegenstände in intimster Gemeinschaft: Badwaren, Messen, Zigarren, Perle usw. in trautem Nebeneinander. Verbrochene Herrenscheiden, schiefhängende Türen, stehende Treppentufen, herumliegende Gerümpel, dazwischen unordentlich gekleidete Menschen, so un sauber wie alles andere — das sind die gewöhnlichen Bilder in Mlawo. Welcher Gegenstand, wenn man etwa das Lager betritt. Von der Türschwelle an bis oben hinauf pechschwarze Ordnung und Keimlosigkeit; nirgends ein Schmutzkleckchen, nirgends ein verlorener stehender Gegenstand. Ungehindert bringt das Tageslicht durch die blaugespürten Scheiben und überflutet die sauberen Betten, aus denen uns reinliche Menschen anschauen. An Tisch und Stuhl, häßlich zusammengedrückt, liegen da die Ausstattungsstücke ihrer Besitzer, gerade so, als sollten diese in der nächsten Minute zum Appell antreten. Solche Akkuratheit kann niemand lehren, die muß anerzogen sein. In Polen ist man davon weit entfernt und es wäre für die Bevölkerung ein Vorteil, wenn von dem deutschen Beispiel wenigstens etwas hätten bliebe!

Auch die Badeanstalt hat nun ein anderes Aussehen angenommen; sie hat sich selbst ein gründliches Bad gefallen lassen müssen und nun gehen die Besucher händig ein und aus. „Bisviel Mann haben heute schon gebadet?“ fragte einer der uns begleitenden Offiziere. — „Bis jetzt 208“, lautete die Antwort, und



**Bang**, der als Politiker zwar ein Konversationsklub von reinstem Schrot und Korn war, aber als Historiker sich einen bedeutenden Namen machte. In seinem Sohne Gustav fand er früh einen treuen Mitarbeiter, der später als Student sich ebenfalls der Geschichte widmete.

Gustav Bang debütierte als Historiker mit einer Doktor-dissertation über den Verfall des Adels. Bei den Vorstudien hierzu machte er eingehendere Bekanntschaft mit den Lehren von Karl Marx. Gleichzeitige volkswirtschaftliche Studien machten ihn bald zum überzeugten Marxisten und seine Werke über die kapitalistische Volkswirtschaft, über die Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus, über Sturm- und Drangperiode in der europäischen Geschichte, über die von skandinavischen Sozialisten oft kritisch akzeptierte Theorie Henry Georges tragen alle das Gepräge erster marxistischer Forschungsmethode. Eine prächtige Studie über den jetzigen Weltkrieg, die soeben in den „Socialdemokraten“ erscheint, ist bisher das Beste, das wir in der Auslandspressen über die großen wirtschaftlichen Triebfedern des Krieges gelesen haben, und die Uebersetzung in die großen Welt Sprachen würde eine Vereinerung der kommenden Diskussion in der Internationale bedeuten.

Was Bang der dänischen Sozialdemokratie gewesen ist, soll hier nicht näher untersucht werden. Aber daß er seinen großen Anteil daran hat, daß marxistische Theorie und sozialdemokratische Praxis in dem kleinen Dänemark so glücklich miteinander vereinigt wurden, darf auch an dieser Stelle stark unterstrichen werden. Als der Schreiber dieser Zeilen vor einigen Monaten in Kopenhagen über diese Frage mit ihm plauderte, sagte er in seiner ruhigen Art: „Für uns ist der Marxismus keine Summe von Doktrinen, sondern eine Methode, eine Laterne für uns, mit der wir in die geheimnisvollen Winkel der Geschichte und der modernen Volkswirtschaft hineinzuleuchten suchen. Diese Methode hat sich für unsere sozialistische Realpolitik in Dänemark vortrefflich bewährt, und wir sind daher alle Marxisten. Aber wir haben keine „Richtungen“!“

Und in Deutschland ist Bang kein Unbekannter. Er hat oft schätzenswerte Beiträge für die „Neue Zeit“ geschrieben, und seine persönlichen Beziehungen zu Kautsky waren von der freundschaftlichen Jureignung des Schülers zum Lehrer diktiert.

Gustav Bang wurde von der dänischen Partei mit den wichtigsten Aufgaben betraut. Er war als Abgeordneter der Nachfolger P. Knudsen im 10. Kopenhagener Wahlkreis und genoß in der Kammer bei Freund und Gegner große Achtung. Als tüchtiger Redner stand er in nicht minder hohem Ansehen bei den Massen, die die politischen Versammlungen außerhalb des Parlaments zu besuchen pflegten. Auf den Parteitag war er der selbstverständliche Berater in allen Programfragen und auf sein Urteil wurde großes Gewicht gelegt. Sein Tod wird in der dänischen Partei eine große Lücke reißen, die so bald nicht ausgefüllt werden kann.

Aber auch die Internationale steht tranernd an der Bahre eines ihrer besten Söhne. Daran ändert auch die stürmische Zeit nichts, in der wir leben.

Zu Beginn des Jahres 1914 war es der Wunsch dieser Branche, daß nunmehr bald eine bessere wirtschaftliche Lage eintreten würde; betrug doch die Zahl der Arbeitslosen zu Ende des Jahres 1913 468 gegen 278 am Ende des Jahres 1912. Die Hoffnungen wurden enttäuscht. Die bessere Konjunktur trat nicht ein. Die Zahl der Arbeitslosen bewegte sich stets bis zu 60 Proz. höher als in vorhergehenden Jahren. Auch der Sommer setzte schlecht ein. In den meisten Betrieben wurde mit verkürzter Zeit gearbeitet, so daß die Verbandsleitung den Mitgliedern riet, von Tarifkündigungen abzusehen, was auch geschah. Allerdings bedeutete dieser Beschluß eine große Enttäuschung für die betreffenden Arbeiter. Die Situation war sowohl für die Beleuchtungsgruppe wie für die Weichmetallgruppe die gleiche. Die Militärreformgruppe, die einen sehr ungünstigen Tarif hatte, beabsichtigte, denselben zu kündigen, die Unternehmer kamen aber dem zuvor, indem sie kündigten, da ihnen der Tarif schon immer unannehmlich war. Der drohende Lohnkampf wurde durch den Krieg vereitelt. Somit arbeitet diese Gruppe ohne Tarif. Die durch den Krieg noch vergrößerte Arbeitslosigkeit wurde dadurch behoben, daß die Angehörigen dieser genannten Gruppen sich meist den Kriegsarbeiten zuwandten.

## Ausland.

### Ein Menschenfreund.

Der „Zimmerer“, ein österreichisches Gewerkschaftsblatt, berichtet von einem Verbandskollegen Sch., der im Kriege verwundet und nach der Heilung des Arms entlassen wurde. Er ging zu seinem alten Meister, der jetzt Vorarbeiten für den Staat baut; dieser wollte den Vaterlandsverteidiger jedoch nur beschäftigen, wenn er vom Tariflohn 6 Heller pro Stunde nachlasse. . . .

Zweihundert Londoner Automobilkonnabfahrer sind in den Aus-land getreten.

## Gerichtszeitung.

### Polstflugblatt und großer Unfug.

Eine wichtige grundsätzliche Entscheidung fällt das Kammergericht am Montag.

Aus Anlaß des Streifs, den die Wäcker der beiden Berliner Hochdruckmaschinen Goldader und Hanke im Frühjahr 1914 führten, hatte der Angeklagte Schöke als Vertrauensmann zwei Flugblätter verfaßt, die er in einer größeren Anzahl von Exemplaren durch Bettelverkäufer auf den Straßen verteilen ließ. Auch ein Plakat verfaßte er, das von dritter Seite an verschiedenen Stellen angeklebt wurde.

Schöke wurde vom Landgericht wegen großen Unfugs verurteilt. Das Landgericht behandelte ihn als den Auftraggeber für die Verteilung der Flugblätter und sagte in seiner Begründung unter anderem: Der § 156 der Gewerbeordnung (Vertragsverletzung) komme nicht in Betracht, weil Angeklagter durch die Druckkosten nicht auf die Arbeitswilligen habe einwirken wollen, sondern die Firmeninhaber dadurch habe bestimmen wollen, sich dem früheren von den Firmen geforderten Tarif wieder anzuschließen. Mangels eines rechtzeitig gestellten Strafantrags konnte auch nicht wegen Verleumdung der Firmeninhaber gegen Sch. erkannt werden. Wohl aber liege großer Unfug vor. Der Inhalt der Druckkosten enthalte eine Beschuldigung der Personen der Firmeninhaber. Es sei nicht nur der Bestand der öffentlichen Ordnung in äußerlich in Erscheinung tretender Weise erheblich verletzt worden, sondern es habe auch das Publikum in seiner Allgemeinheit unmittelbar Verleumdung erfahren. Es hätten nämlich noch andere selbständige Arbeitgeber zu der Befragung kommen können, ihnen würde es in ähnlicher Lage ebenso gehen, wie den bestrittenen Firmen und ihren Inhabern. Es komme nicht darauf an, daß sich eine Anzahl Personen nicht beeinträchtigt fühlen, sondern sich über die Druckkosten freuen.

Der Angeklagte legte Revision ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. G. Heinemann, rügte vor dem Kammergericht Verleumdung des Begriffs des großen Unfugs und verwies unter anderem namentlich darauf, daß eine Beunruhigung, die erst durch Reflexionen entstehe, nicht als Beunruhigung und Verleumdung im Sinne des Begriffs des großen Unfugs in Betracht kommen könne.

Das Kammergericht hob das Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es führte aus: Zutreffend habe allerdings das Landgericht die Anknüpfung des § 156 der Gewerbeordnung für ausgeschlossen erklärt. Es sei aber nicht ausreichend festgestellt, daß hier großer Unfug wirklich vorliege. Mit dem Reichsgericht in neueren Entscheidungen nehme das Kammergericht an, daß für den Begriff des großen Unfugs nicht nur nötig sei eine erhebliche Störung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung, sondern auch, daß das Publikum durch die Tat selber eine unmittelbare Verleumdung oder Beunruhigung erfahre. In beiden Hinsichten habe das Landgericht gefehlt. Es habe nicht festgestellt, daß durch die Verteilung der Flugblätter der Bestand der öffentlichen Ordnung in äußerlich in die Erscheinung tretender Weise erheblich verletzt sei. Das Landgericht betone den Inhalt der Flugblätter. Auf den Inhalt komme es aber für die Feststellung der erheblichen Verletzung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung nicht an, sondern nur auf die Art der Verteilung. Durch eine ruhige Verteilung werde der Bestand der öffentlichen Ordnung nicht gestört. Es könnte geschehen durch ein Verteilen mit Gewalt oder durch eine besonders verheerliche Verteilung. Ferner gehe das Landgericht zu Unrecht davon aus, daß eine unmittelbare Verleumdung des Publikums im Wege der Reflexion möglich sei, indem ein Teil des Publikums Betrachtungen anstelle, dahingehend, daß bei möglichen Streiks zwischen ihm und seinen Angestellten ähnliche Flugblätter kommen könnten. Eine Beunruhigung infolge solcher Reflexionen sei vielmehr keine unmittelbare Beunruhigung. — Aus diesen Gründen müsse die Verurteilung aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen werden. Werde nun in der neuen Verhandlung kein großer Unfug festgestellt, dann sei zu prüfen, ob nicht hinsichtlich des Anklagens der Plakate § 9 des preussischen Preßgesetzes (ungültige Plakate) gegen Sch. zur Anwendung kommen könnte, und zwar möglicherweise gegen ihn als Anstifter. Dabei wäre auch zu prüfen, ob in dieser Hinsicht nicht Verjährung vorläge und ob es an der Identität der Tat fehle.

### Ein Jugendverderber.

Ein gemeingefährlicher Jugendverderber wurde gestern von der 3. Strafkammer des Landgerichts III auf längere Zeit ins Gefängnis gesteckt.

Angeklagt war der Kaufmann Arthur Köster. Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte einen Lehrling R. aus Hamburg auf dem Vahner an sich gelockt, sich an ihm vergangen und dann sogar angeleitet, sich an andere Männer heranzumachen. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

### Totschlag.

Eine Anklage wegen Totschlags lag einer Verhandlung zugrunde, mit der das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwarze eine neue Sitzungsperiode eröffnete.

Auf der Untersuchungshaft wurde der Russe Adam Ittenbach vorgeliefert, der beschuldigt wurde, am Abend des 8. August v. J. seine Ehefrau Adele I. erschossen zu haben. — Die Beweisaufnahme entrollte das Bild einer Ehe, welche sich durch Schuld des Mannes zu einer sehr unglücklichen gestaltet hatte. Die Verhältnisse spiegelten sich immer mehr zu, so daß sich die Frau schließlich von ihm loslöste. Am Abend des 8. August v. J. suchte der Angeklagte, nachdem er schon vorher alle möglichen Drohungen ausgeübt hatte, sie in ihrer in der Obern Str. 81 gelegenen Wohnung auf und ohne daß ein besonderer Streit vorausgegangen

war, ließ er sie sein Tokkenmesser in den Leib. Die Verletzung war, da der Magen durchschnitten war, eine äußerst schwere, außerdem war das zu der Tat gebrauchte Messer sehr schmutzig gewesen, so daß infolge der hierdurch verursachten Infektion der Tod der Bedauernswerten eintrat. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurde der Angeklagte wegen Totschlags zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

## Aus Industrie und Handel.

### Krieg und Schifffahrt.

Den Einfluß, den der Krieg auf den neutralen Handel ausübt, läßt sich am besten aus der Schiffsbewegung in den neutralen Häfen erkennen. In Rotterdam in diesen im Januar 1915 Schiffe mit einem Tonnengehalt von 908 089 Tonnen ein, während im Vorjahre die Anzahl der eingetroffenen Schiffe nahezu das Doppelte, nämlich 768, mit einem weit mehr als das Doppelte, nämlich 967 361 Tonnen, betragenden Rauminhalt ausmachte.

### Reichsbank.

Ingeachtet der Ansprüche, die der Ultimo an die Reichsbank gestellt hat, darf ihr Status per 30. Januar 1915 als befriedigend bezeichnet werden. Der Goldbestand hat in der letzten Woche um einen noch größeren Betrag zugenommen als in der Vormoche, nämlich um 18,8 Millionen Mark und beläuft sich jetzt auf 218,8 Millionen Mark. Geringfügig ist die Verminderung des Silberbestandes und des Bestandes an Reichsschatzschnecken. Der eine ist von 51,7 auf 50,2 Millionen Mark zurückgegangen, der andere von 7,5 auf 6,2 Millionen Mark. Wesentlich härter ist die Reduktion des Bestandes an Darlehnsklassenscheinen. Von ihnen hatte nämlich die Reichsbank am 30. Januar nur noch 259,2 Millionen Mark gegen 316,4 Millionen Mark. Insgesamt sind also 57,1 Millionen Mark Darlehnsklassenscheine abgewandert, davon aber nur 18,5 Millionen Mark in der Verleife, während 38,6 Millionen Mark — entsprechend der Verminderung der von den Darlehnsklassen ausgeliehenen Beträge — an die Darlehnsklassen zurückgegeben werden konnten.

Die gesamte Barbedeckung nach § 17 des Bankgesetzes hat in ungefähr dem gleichen Umfange abgenommen wie der Bestand an Darlehnsklassenscheinen und betrug am 30. Januar auf 2479,5 Millionen Mark gegen 2620,7 Millionen Mark am 28. Januar.

Der Notenumlauf hat eine Ausdehnung um 174,9 auf 4658,6 Millionen Mark erfahren, wovon, wie wir erfahren, 2064 Millionen Mark oder 88,3 Millionen Mark mehr als am 28. Januar auf keine Noten entfallen. Bedeutend ist der Notenumlauf durch Gold in Höhe von 46,4 Proz., das sind — trotz des Ultimo — nur 1,4 Proz. weniger als in der Vormoche. Zur gleichen Zeit des Vorjahres war hingegen die reine Golddeckung der Noten um 5,1 Proz. zurückgegangen. Die Deckung der Noten durch den gesamten Vorrat (nach § 17) ist von 56,2 auf 58,2 Proz. gestiegen, wobei zu beobachten ist, daß die Herabminderung des Bestandes an Darlehnsklassenscheinen einen wesentlichen Einfluß auf den Vorrat ausgeübt hat. Die Deckung für täglich fällige Verbindlichkeiten ist — was zum Ultimo besonders bemerkenswert erscheint — leicht angeklungen; nämlich von 55,1 auf 55,4 Proz.

### Kriegswirtschafts-Akt.-Ges.

Die „Kriegswirtschafts-Akt.-Ges.“ ist am 27. Januar 1915 gegründet worden mit der Aufgabe, Güter, welche im Laufe der Kriegsdauer in den Besitztum der Herrscherverwaltung gelangen, sich jedoch für die unmittelbaren Bedürfnisse der Landesverteidigung als nicht verwertbar erweisen, für das deutsche Wirtschaftslieben nutzbar zu machen. An der Gründung der Gesellschaft sind die Kriegswirtschaftsministerien Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs, das Reichsamt des Innern und das Reichsmarineamt sowie drei Banken beteiligt. Zum Vorstande der Gesellschaft wurden neben den Herren Hauptmann d. R. Dr. Diekmann als Vertreter der Herrscherverwaltung und Dr. Trautmann als Vertreter des Reichsamts des Innern die Herren Bernhard Reichel von der Russischen Siemens-Schuckert-Gesellschaft, Johann Barnhoff von der Deutsch-Ostasiatischen Gesellschaft und Korst Kirckheim von der Firma Eisner u. Kirckheim bestellt. Der Vorstand der Gesellschaft ist nicht auf Erwerb gerichtet, ihre etwaige Dividende auf 4 vom Hundert beschränkt, ein Ueberschuß bei Auflösung nach dem Reichskanzler für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Aufsichtsrat und Vorstand führen die Geschäfte im Ehrenamt. Um der Gesellschaft die Erfahrungen weitester Kreise zugänglich zu machen, sollen neben dem Aufsichtsrat ein Beirat und, soweit nötig, Organisationsausschüsse aus Sachverständigen derjenigen Wirtschaftsbereiche gebildet werden, auf denen sich die Gesellschaft zu betätigen haben wird. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Berlin, Mauerwerk 68 (Altehaus). Die Kriegswirtschafts-Akt.-Ges. ist berufen, durch eine wirtschaftsverbindliche und kaufmännisch organisierte Behandlung der ihr anvertrauten Güter vor Entwertung zu bewahren und sie der besten erreichbaren Verwertung zuzuführen.

### Russische Anleihen.

Die „Ruzhija Bedomosti“ bringen, in Ergänzung ihrer — von uns wiedergegebenen — Meldung von der Einräumung eines Kredits von 1500 Millionen Franken in England und Frankreich für Rußland, die Nachricht, daß die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen den Dreiverbandsmächten noch immer in den maßgebenden politischen Kreisen erörtert werde. Nach den Worten des gut informierten Moskauer Blattes will die englische Regierung nicht nur militärisch, sondern auch finanziell in engere Beziehungen zu Rußland treten. Die entsprechende Lücke im Bündnisvertrag soll jetzt ausgefüllt werden. Es heißt, daß das Projekt des russischen Finanzagenten in Paris, Kassa Lowitz, eine internationale Selbstbehalt für Abrechnungen zwischen den Dreiverbandsmächten während des Krieges festzusetzen, auf diese Strömung in englischen politischen Kreisen zurückzuführen sei. In russischen Finanzkreisen glaubt man, daß nach Verwirklichung dieses Projekts der Abschluß einer großen russischen Anleihe bevorsteht.

## Kleine Nachrichten.

### Heldentum im Erdbebengebiet.

In Avezzano haben bereits sechs Soldaten bei den Vergungsarbeiten den Tod gefunden. Sie sind teils der Kälte, teils der Ueberanstrengung erlegen. Auch in anderen Orten sind Soldaten an Erschöpfung gestorben. Aber auch die Zivilbevölkerung hat ihre Helden gestellt. Gleich nach der Zerstörung von Sora stellte ein Telegraphenbeamter im Verein mit einer Telephonistin die Telegraphenverbindung des ganz eingestürzten Amtes wieder her. Beide taten drei Tage und drei Nächte lang im Freien, unter Schnee und Eis, ihren schweren, so dringend notwendigen Dienst, bis der Mann tot zusammenbrach. Die Ueberarbeit hatte ihn getötet. Seine Arbeitsgefährtin liegt im Sterben im Hospital von Salmonea. Der Wäcker hieß Beniamino Terenzi; der Name seiner tapferen Gefährtin, die gleich ihm ihre Pflicht bis zum Aeußersten tat, wird von den Zeitungen nicht wiedergegeben.

### Genosse Göhre als Kriegsfreiwilliger.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat sich der Reichstagsabgeordnete Göhre trotz seiner 51 Jahre als Kriegsfreiwilliger gemeldet. Er trat als Unteroffizier im Baugener Landsturm-bataillon ein.

## Aus der Partei.

### Abgeordneter Süßkind gestorben.

Der badische Landtagsabgeordnete Genosse Süßkind ist am Dienstag an Herzlähmung verschieden. Der Verhorrer, der ein Alter von 54 Jahren erreicht hat, war lange Jahre hindurch in Mannheim agitatorisch tätig. Stadtratsordner war er seit 1896, dem badischen Landtag gehörte er seit 1903 an. Der nunmehr erledigte Wahlkreis ist sicherer Besitzstand der Partei.

### Das russische Orangebuch.

In der Serie „Dokumente zum Weltkrieg 1914“, herausgegeben von Eduard Bernstein, verlegt von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., 68, erschien soeben das 4. Heft. Es enthält diplomatische Dokumente, wie sie von der russischen Regierung im Orangebuch dargelegt sind. Der Preis ist 30 Pf.

In der Sammlung sind vorher schon erschienen: Das deutsche Weißbuch — das englische Blaubuch (zwei Teile). Als nächstes Heft erscheint Das belgische Graubuch.

Bei der Beurteilung der letzten Ursachen des Krieges werden die von den Regierungen der kriegführenden Staaten herausgegebenen Dokumente eine große Bedeutung haben. Vorrätig sind die Hefte in allen Buchhandlungen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Kriegsmaßnahmen und Arbeitsverhältnisse.

Die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Berliner Eisen- und Revolverdrehler während des Krieges ist nach den Vorlesungen Müllers in einer starkbesuchten Branchensammlung charakteristisch für die Anpassungsfähigkeit der Metall-Großbetriebe an den Kriegsbedarf. Die Betriebe sind nicht nur vollaus beschäftigt, sondern mühten sich durch umfangreiche Neuananschaffung erweitern zu lassen. Nicht mehr die Frage: Wie bringen wir die Arbeitslosen unter?, sondern die: Läßt sich vielleicht Schichtverlängerung und Ueberstundenarbeit auf die Dauer aufrechterhalten, in die man unter dem Zwange der Verhältnisse einwilligen mußte? steht jetzt im Vordergrund des Interesses. Auch die Lohnverhältnisse bedürfen einer energischen Regelung. Es werden in zahlreichen Betrieben heute noch die teilweise bei Kriegsbeginn erheblich herabgesetzten Sätze bezahlt. Schon ist es der Organisation gelungen, in manchen Betrieben, allerdings mitunter erst nach hartnäckigem Widerstand, Aufbesserungen durchzudrücken. Besonders unzugänglich haben sich die Werke von Vergamann-Rosenthal und Dr. Max Levi erwiesen. Namentlich im zuletztgenannten Betrieb ist die Intensität, mit der die Arbeitskräfte ausgenutzt werden, zu kaum glaublicher Höhe getrieben. Fast überall wurde bei Differenzen von den Betriebsleitungen offen oder versteckt mit militärischen Maßnahmen gedroht, um vor der Erhebung von durchaus berechtigten, oft sogar beweisbaren Forderungen abzuschrecken. Nun haben die Unternehmer, um jede Bewegungsfreiheit der Arbeiter, die zur Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgenutzt werden könnte, zu knebeln, einen anderen Weg eingeschlagen. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die von tief einschneidender Bedeutung sind, da sie die Bewegungsfreiheit der Arbeiter stark einschränken, zum Teil sogar ganz aufheben. Mit Nr. 1 darauf, daß die Versammlung nicht zu Ende gelangete, sondern vertagt wurde, werden wir heute von einer Veröffentlichung dieser Verfügungen ab und behalten uns vor, beim Bericht über die spätere Versammlung darauf zurückzukommen.

Die Berliner Arbeiter und Kronenarbeiter nahmen am Montag in einer Branchensammlung den Jahresbericht entgegen.



Erweiterte Grundsätze für die Unterstützungen der Familien von Kriegsteilnehmern.

Durch Rundschreiben des Reichsamts des Innern an die Bundesregierungen vom 30. Januar ist der Kreis der Personen, die Anspruch auf Kriegsunterstützung haben, erweitert worden. Die wesentlichsten Punkte sind:

1. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind von der Gewährung von Familienunterstützungen ausgeschlossen die Familien derjenigen Mannschaften, die in Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht sich befinden. In Zukunft sollen auch anspruchsberechtigt sein die Ehefrauen und die ehelichen Kinder und den ehelichen gesetlich gleichstehenden Kinder unter 15 Jahren sowie die unehelichen Kinder derjenigen Mannschaften, die zurzeit ihre aktive Dienstpflicht erfüllen.

2. Wähler werden den Angehörigen aller derjenigen Mannschaften, die infolge der kriegerischen Ereignisse nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzuführen, Unterstützungen gewährt, sofern glaubhaft gemacht wird, daß die Mannschaften als Gefangene im feindlichen Auslande zurückgehalten werden, wobei kein Unterschied zu machen ist, ob sie vom Feinde als Kriegs- oder Zivilgefangene behandelt werden. Den Angehörigen dieser Mannschaften sind in Zukunft gleichzustellen die Familien aller derjenigen im wehrpflichtigen Alter stehenden männlichen Personen, die sich im neutralen Auslande aufhalten und infolge von feindlichen Maßnahmen nicht imstande waren, ins Ausland zurückzuführen, sowie die von den Feinden verschleppten, im wehrpflichtigen Alter stehenden Mannschaften.

3. Die schuldlos geschiedene Ehefrau, der nach § 1578 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Mann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, ist unter den übrigen Voraussetzungen in Zukunft zu unterstützen.

4. Die nicht militärisch ausgebildeten, gemäß § 20 Ziffer 2 der Befehrsordnung wegen bürgerlicher Verhältnisse, insbesondere als die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern und Geschwister oder nach § 99 Ziffer 2 a. a. O. zurückgestellten, oder später eintretenden Mannschaften erfüllen ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht; die Unterstützung ihrer Angehörigen kann nur in der in Ziffer 1 vorgesehene Beschränkung erfolgen. Das gleiche gilt hinsichtlich der nicht rekrutierten, beim Kriegserfolgsnachschub ausgedienten und später eingestellten militärisch ausgebildeten Mannschaften.

5. Diejenigen Mannschaften, die auf Reklamation vorzeitig entlassen worden und militärisch ausgebildet sind (Befehrsordnung § 82, b c), treten gemäß § 14 Ziffer 4 der Heeresordnung zur Reserve über. Falls diese Mannschaften in den Seeresdienst eintreten, ist den Angehörigen die reichsgesetzliche Unterstützung zu gewähren.

6. Von verschiedenen Seiten sind Zweifel darüber erhoben worden, ob bei der Prüfung der Bedürftigkeit innerhalb der in § 2 Abs. 1 a. a. O. genannten Gruppe von Personen unterzulegen, d. h. die Unterstützung für die Frau versagt, für alle oder einige Kinder aber gewährt werden kann. Eine solche Unterscheidung ist nicht gerechtfertigt, da das Gesetz die Familien mindestens in der Zusammenfassung der in § 2 Abs. 1 a. a. O. bezeichneten Personen als eine Einheit betrachtet.

Die Versorgung der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer wird durch das Gesetz vom 17. Mai 1907 geregelt. Danach erhalten die Witwe eines gemeinen Soldaten jährlich 400 M., die Witwe eines Unteroffiziers jährlich 500 M., die verwitweten Kinder jährlich je 168 M.

Vertreter des Bundes der Landwirte und des Hansabundes (Kriegszentrale) haben nun eine Eingabe an das preussische Kriegsministerium gemacht, in der gewünscht wird, daß den Hinterbliebenen Zusatzrenten auf der Grundlage des letzten Einkommens gewährt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die gesetzlichen Bezüge in vielen Fällen den Bedürfnissen nicht gerecht werden und eine Härte darstellen gegenüber den Hinterbliebenen solcher Personen, die aus gehobener Lebensstellung als Arbeiter, Kaufleute, Handwerker, Landwirte und Angehörige der freien Berufe in das Heer eingetreten sind.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 139 der preussischen Armee enthält die Verluste folgender Truppen:

- Kriegsministerium.
Gouvernement Lüttich.
2. Garde- und 2. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Gran.-Regiment
Alexander und Elisabeth; Garde-Reserve-Jäger-Batt.; Grenadier-
batt. Inf. h. v. Füsilier-Regiment Nr. 2, 5, 9, 11, 12, 14, 16
(siehe Ref.-Jäger-Batt. Nr. 21), 18, 21, 24, 26, 27, 29, 33, 35, 45, 52,
53, 54, 55, 56, 59, 60, 61, 62, 64, 67, 69, 70, 75, 77, 81, 82, 86,
87, 88, 95, 96, 99, 110, 111, 113, 142, 146, 147, 148, 150, 151, 152,
154, 155, 156, 158 (siehe Ref.-Jäger-Batt. Nr. 21), 161, 164, 166,
172, 174, 175, 176; Reserve-Inf.-Regiment Nr. 3, 8, 10, 11, 16,
19, 24, 30, 34, 35, 36, 38, 39, 48, 52, 53, 59, 61, 66, 70, 71, 72,
73, 81, 82, 83, 84, 88, 109, 118, 201, 203, 204, 206, 208, 211, 213,
217, 222, 223, 225, 226, 227, 228, 233, 234, 237, 239; Reserve-Erfab-
reg. Nr. 4; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 8, 18, 22, 26, 27, 34, 39,
45, 52, 53, 72, 75, 77, 80, 81, 84, 109; Landw.-Inf.-Batt. Breslau;
Brigade-Erf.-Bataillone Nr. 7, 35, 41, 49, 55, 58, 83; Landw.-
Bataillone Alenstein II, Barmen, Reufalg a. O., Nr. 52 der
Brigade Hoffmann; Jäger-Bataillone Nr. 2, 4, 9; Reserve-Jäger-
Bataillone Nr. 6, 8, 15, 16, 18; Radfahrer-Kompanie Neubrück.
2. Garde-Dr.-Reg.; Garde-Res.-Dr.-Reg.; 2. Garde-Inf.-Reg.;
Dragoner Nr. 13, 20; Reserve-Dr.-Reg. Nr. 2; Ostpreuss. Nr. 13;
Manen Nr. 4, 12; Jäger zu Pferde Nr. 4; Feld-Regiment Nr. 1
des VI. Armee-Korps und Regiment v. Nanjer.
Feldart.-Regiment Nr. 2, 11, 18, 22, 38, 40, 42, 47, 50, 51,
52, 53, 55, 56, 60, 63, 73, 84; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 11, 13,
23, 44, 50; Landw.-Feldart.-Abt. des I. Armee-Korps.
2. Garde-Landw.-Füsilier-Reg.; Füsilier-Regiment Nr. 1, 5,
13; Märker-Reg. Nr. 6.
Pion.-Regiment Nr. 18, 23, 25, 30; Pion.-Bataillone: I. Nr. 7,
I. Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 11, I. Nr. 14, I. Nr. 15, I. Nr. 16,
III. Nr. 16 (Weber), I. Nr. 17, I. Nr. 27; Pion.-Erf.-Batt. Nr. 9.
Eisenbahn-Baukomp. Nr. 27; Eisenbahn-Betriebskomp. Nr. 20;
Telegraphen-Batt. Nr. 3; Fernsprech-Abt. des XVI. Armee-Korps;
Pionier-Abteilung der Garde-Infanterie-Division; Feldluftschiffer-
und Feldfliegertruppe; Freiwilliges Automobil-Korps.
Gesellschaft der I. Landw.-Division.
Sanitäts-Komp. Nr. 1 des Garde-Reserve-Korps; Feldlazarett
Nr. 4 des Garde-Reserve-Korps; Reserve-Lazarett Nr. 2 Lissa I. B.
Garde-Train-Abteilung; Reserve-Divisions-Brücken-Train Nr. 16.
Kriegs-Verwaltung des VI. Armee-Korps.

- 6. Ref.-Div.; 2. Füsilier-Reg.; Ref.-Füsilier-Reg. Nr. 1; Ref.-Füsilier-
artillerie-Reg. Nr. 2; Landw.-Füsilier-Batterie; 2. Pion.-Bataillon;
3. Pion.-Bataillon.
Verichtigungen früherer Verlustlisten.
Die württembergischen Verlustlisten Nr. 106 und 107
melden Verluste des Brig.-Erf.-Batt. Nr. 51; Ref.- und Landw.-
Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.-Reg.
Nr. 127; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 240.
Dragoner-Reg. Nr. 25.
27. Feldart.-Brigade, Stab; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 28,
29; II. (Württemberg) Abteilung des Feldart.-Reg. Nr. 29; Ref.-
Feldart.-Reg. Nr. 54; Feldart.-Reg. Nr. 65; Fernsprechabteilung
Nr. 13.
Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Füsilier-Reg. Nr. 122; Inf.-Reg.
Nr. 126; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 248; I. und II. Pion.-Batt. Nr. 13;
2. Landw.-Pion.-Komp.; I. Munitionskolonnen-Abt.
Verluste durch Krankheiten.
Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Aus Groß-Berlin. Spreefahrt durch Treibeis.

An den Ufern der Oberspree und der Dahme haben die Nachfröste recht hübsche Eisflächen angelegt. Wildenten, Möwen und Krähen stolzieren in Scharen auf dem dünnen Eise, das den Menschen noch nicht trägt. Tausende von Rissen und Sprüngen zeigen deutlich, wie unsicher die Eisfläche noch ist. Die Fahrtrinne in der Mitte ist offen für den notwendigen Schiffsverkehr, aber gefüllt mit dem Treibeis, das sich nach jedem Temperatursturz von den Ufern löst, und mit unzähligen gefrorenen Schneeklumpen, die wohl durch die Schneefahrt in den Fluß geworfen sind.

Unser Spreedampfer braucht kein regelrechter Eisbrecher zu sein. Er faucht und prustet, stieß und schlingert, setzt kräftigen Dampf auf und knickt die dünnen Schollen wie Strohhalme. Mit hellem Getöse und Gefröse stößt das aufgeschuchte Vogelgetier auf die nächsten Baumwipfel. Wie der fliegende Holländer schob sich der eiserne Wasservogel im Nodengestöber durch Schnee und Eis. Auf Deck außer dem verummten Kapitän am Steuerrad kein Mensch. Die Dampfwege hat Ruhe. Alle Blänke stehen still. Nur eine Sportwegete Rubermanschoft mit nackten, freisroten Armen kreuzt unseren Kurs. Unten in der Kajüte drängt das halbe Hundert mutiger Winterausflügler nach dem wärmependenden Rauchraum. Der Wind pfeift durch die Fensterritzen, die Kälte des Wassers schlägt durch Holz und Eisen. Die dampfenden Groggläser gehen weg wie die Kriegsfemmel. Jene schwüle, benebelnde Atmosphäre, die nach Silbesternacht duftet, durchschlägelt den niedrigen Raum.

Lange weiße Streifen fliegen vorüber, Parkanlagen und kleine Waldöfen, eintönig düstere Industriestätten, verammelte Bootshäuser und winterverlassene Laubkolonien. Wo im Sommer ein Joch sich an das andere reiht, reden kalte Keste sich gen Himmel. Man ist enttäuscht. Die Langeweile kommt gefroren. Irigendwer stimmt das Hindenburg-Lied an, eine Mundharmonika ist plötzlich auch da, die Vunschstimme gewinnt die Oberhand. Hinter Köpenick wird es landschaftlich interessanter. Die Fahrtrinne verengt sich, flirrend bricht am Bug Scholle auf Scholle, die Winternatur zwischen verarmten Gehöften, Wiesen und Wäldern entfaltet ihre Reize. Alles ist erstaunt über die Schneemassen, die hier noch liegen, wenn in Berlin schon längst der greuliche „Matia“ seinen Einzug gehalten hat.

Endlich ist unser Ziel erreicht. Jeder freut sich auf einen halbwegs anständigen Wodka. „Aber heiß wie die Hölle muß er sein, Herr Ober!“ Und dann geht's hinaus in den verschneiten märkischen Wald. Ein paar Stunden hat man ja Zeit. Manche verzichten auf die Idee, langweilige Rückfahrt durch das Wasserdunkel im Schiffsbau. Lieber wird die Fußwanderung nach Belieben ausgedehnt und die Eisenbahn benutzt. Aber alle haben ihren Zweck erreicht, haben sich in Frost und Schneegestöber, in der stärkenden Winterluft das kriegschwere Herz ein wenig aufgetaut.

Der Magistrat ermahnt nochmals die Bäckermeister.

Zur Feststellung, ob die am 25. Januar d. J. vom Bundesrat und im Anschluß daran am 31. Januar vom Magistrat erlassenen Vorschriften über das Verbot der Kontrolle durch laienmännliche Kräfte zusammen mit Bäckerfachverständigen vorzunehmen. Bei der bereits gekennnten begonnenen Kontrolle hat sich herausgestellt, daß ein Teil der Bäcker sich über ihre wichtige Pflicht, fortan nur dreiviertel an Sachware herzustellen, im unklaren ist. Es ist Sache jedes Bäckers, sich über die ihm obliegenden Pflichten genau zu unterrichten und sie strengstens innezuhalten. Der Magistrat wird künftig nicht mehr in der Lage sein, auf Grund einer angeblieben oder tatsächlichen Unkenntnis von der Herbeiführung einer Bestrafung abzugehen, zu der die Schließung des Ladens hinzukommen kann.

Die Aufsichtspersonen vor den Bäckereien

werden ersucht, sich zum Empfang ihrer Bezahlung heute Mittwoch, von 1 Uhr ab im Gewerkschaftshaus, Saal 3, einzufinden.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission.

Turch Schaden wird man Hug.

Uns wird geschrieben: Wie oft ist schon darauf hingewiesen worden, daß bei Neueinstellungen in Verkehrsbetrieben, von den Einzuleistenden Verträge unterzeichnet werden müssen, die eher einem Gefährungsvertrag, als dem eines Streckenbahnners ähnlich sehen. Die Entlassung tritt ein, sobald die nicht zuzugende Beschäftigung aufgegeben wird oder aus irgendeinem Grunde die Entlassung erfolgt. Wie es einem da ergeben kann, beweist folgender Fall: Ein Fahrer nahm, durch den Krieg gezwungen, den Dienst bei der Berliner Ostbahn auf. In der kurzen Zeit seiner Beschäftigung hat er soviel erlebt, daß er sich entschloß den Dienst aufzugeben. Aber er hatte die Rechnung ohne den im Oktober abgeschlossenen Vertrag gemacht, denn man machte ihm von seinem Lohn einen Abzug unter Hinweis auf den § 11, der lautet:

„Sollte ich außer meiner Ausbildungszeit nicht wenigstens 12 Monate im Dienst der Gesellschaft verbleiben, sondern freiwillig auscheiden oder auf Grund meines dienstlichen oder außerdienstlichen Verhaltens entlassen werden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Berliner Ostbahnen berechtigt sind, sich für die Kosten meiner Ausbildung aus der von mir hinterlegten Kaution Deckung zu verschaffen. Diese Kosten werden nach dem während meiner Ausbildung tatsächlich an mich gezahlten

Lohn und der meinen Lehrschaffner oder Lehrfahrer gezahlten Lehrgeluge berechnet. Höchstens sollen mir aber abgezogen werden: 30 M., sofern ich lediglich als Schaffner, 60 M., sofern ich lediglich als Fahrer, 75 M., sofern ich lediglich als Schaffner und Fahrer ausgebildet wurde.“

Für den jungen Fahrer war es ein Glück, daß er statt 100 M. nur 25 M. als Kaution stellte. Die fehlenden 75 M. sollten laufend jeden Monat in Raten von 5 M. abgetragen werden. Zweimalige Abzüge waren schon erfolgt, so daß nur 35 M. als Kaution in Frage kamen. Die Ostbahn zog, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, ihm einfach 12 M. von seinem letzten Verdienst vor der Kasse ab, um die Kosten der Ausbildung zu a) 2 M. pro Tag, auf 21 Tage = 42 M., und für den Lehrfahrer 5 M. Lehrgeluge nicht verloren gehen zu lassen. Es kann nicht genug gewarnt werden, bei Annahme von Stellen bei Verkehrsinstituten erst an geeigneter Stelle Rat und Auskunft einzuziehen, um nicht später sein Geld verloren gehen zu sehen.

Auskünfte erteilt der Deutsche Transportarbeiterverband, Engelauer 14/15, Zimmer 42.

Achtundeinehalbe Million Mark Mehreinzahlungen bei der Städtischen Sparkasse.

Im Monat Januar sind bei der Städtischen Sparkasse insgesamt 12 208 000 Mark eingezahlt worden, während die Rückzahlungen sich nur auf 3 770 000 M. beliefen. Die Mehreinzahlungen im Januar überstiegen also die Rückzahlungen um etwa achtundeinehalbe Million Mark.

In Sachen der Friedrichsberger Bank.

Genosse John-Nichtenberg sendet uns in der Angelegenheit der Friedrichsberger Bank ein Schreiben, das in seinem wesentlichsten Teile lautet:

Der „Vorwärts“ vom 27. Januar brachte einen Artikel, „Gemeinde und Bankinteressen“ betitelt, der zum Gegenstand die Rektion der Friedrichsberger Bank hatte, die in der Lichtener Stadterordnetenversammlung und in der Fraktion zu Auseinandersetzungen zwischen einigen Genossen und mir geführt hat. Da in diesem Artikel der gegenwärtige Standpunkt vertreten wird, welchen ich meiner festen Überzeugung nach mit Recht bekämpfe habe, und da die Sache selbst bereits weitere Kreise gezogen hat, so ist mir bei der Wichtigkeit dieser ganzen Angelegenheit wohl auch gestattet, meine Gründe darzulegen.

In dem „Vorwärts“-Artikel wird gesagt, daß die Genossenschaftsmitglieder ein unmittelbares Interesse an den Verhandlungen in dieser Sache haben, so daß sie auch nach dem Sinn und Geite der Städteordnung in bezug auf die Bestimmung des § 44 von den Verhandlungen fernzubleiben hätten. Begründet wird dieses Interesse damit, indem die Bank selbst offen erklärt, daß durch die verlangte Garantieübernahme der Stadt der Konkurs abgewendet werden könne.

Daß die Genossenschaftler und insbesondere die 20 000 Sparer ein Interesse daran haben, den Konkurs abgewendet zu sehen, wird niemand bestreiten. Bestreiten muß ich aber ganz entschieden, daß dieses Interesse ein solches ist, welches gemäß der Bestimmung des § 44 der Städteordnung die Ausschließung der im Betreff kommenden Stadterordneten auch nur im geringsten rechtfertigt.

Der § 44 der Städteordnung bestimmt nur, daß an Verhandlungen über Rechte und Pflichten der Stadtgemeinde derjenige nicht teilnehmen darf, dessen Interesse mit dem der Gemeinde in Widerspruch steht. Ein solcher Fall lag hier nicht vor. Sämtliche Kommentatoren stehen übereinstimmend auf dem Standpunkt, daß bei konkurrierenden Interessen von Korporationen und Gewerkschaftsgesellschaften nur bezüglich des Vorhandens und Ausschließens der Mitgliedschaft der Mitgliedschaft der Anwendung des § 44 gegeben sein kann, stellen aber auch dies noch als richtig dar. So sagt Ledermann: „Streitig kann die Frage in Fällen sein, in denen ein Stadterordneter Vorstand oder Aufsichtsratsmitglied solcher Corporationen oder Gewerkschaften ist, deren Interesse mit dem der Stadt kollidiert oder wo das Interesse des Mitglieds eines Stadterordneten dem der Stadtgemeinde zuwiderläuft.“

Certel und Ledermann erwähnen die bloße Mitgliedschaft überhaupt nicht, stehen also, da sie die Frage schon bei Vorständen und Aufsichtsratsmitgliedern als zweifelhaft behandeln, zweifellos auf dem Standpunkt, daß die bloße Mitgliedschaft zum Ausschluß auf Grund des § 44 der Städteordnung nicht ausreicht.

Der gleiche Standpunkt wie bei Certel und Ledermann wird auch allgemein vertreten. Benignus ist mir kein Kommentator bekannt, der für die unbedingte Ausschließung bloßer Mitglieder einer Korporation einträte. Hiernach stellt also schon der Verstoß der Ausschließung der in Frage kommenden Stadterordneten eine Überschreitung der Befugnisse der Stadterordnetenversammlung und eine Verletzung des Gesetzes dar.

Weiter ist aber noch ganz besonders zu berücksichtigen, daß der Kreis der interessierten Sparer und Genossen über 20 000 beträgt, der etwa einer interessierten Einwohnerzahl von 70 000 bis 80 000 entspricht wird, wovon allein 1/3 auf die Stadt Nichtenberg entfallen.

Bei einem solchen Verhältnis kann man m. E. nicht mehr gut davon reden, daß das Interesse der in Frage kommenden Stadterordneten mit dem der Gemeinde in Widerspruch steht, da hier bereits ein weitgehendes allgemeines Interesse vorliegt, so daß schon aus diesem Grunde ein etwaiges persönliches Interesse des einzelnen Stadterordneten im Sinne und Geite des Gesetzes gar nicht mehr gegeben ist.

Man hat es sich bei der Beschlußfassung über die Rektion der Bank zunächst um eine materielle Beschlußfassung in dieser Sache überhaupt nicht gehandelt, sondern nur um eine Prüfung der Sachlage. Deshalb ist mir dieser Standpunkt auch bis heute, trotz Würdigung aller hierfür angeführten Gründe, ganz unverständlich geblieben.

Die Redaktion sagt hierzu:

Einmal schlicht unter Umständen eine solche Prüfung eine gewisse materielle Zustimmung zur Sache selber ist, dann aber hat die erste Beschlußfassung einen vorbereitenden Charakter im Sinne der Interessenten. Wer eben nicht W sagen will, vermeidet auch A zu sagen.

Diesen Ausführungen kann man doch wohl nur den Sinn entnehmen, daß die Stadterordneten unter allen Umständen, ganz gleich, ob für die Stadt ein materieller Schaden damit verknüpft ist oder nicht, jede Hilfe zu versagen haben.

Begründet wird dieser Redaktionsstandpunkt damit: „Was schließlich einer privaten Bank recht ist, kann unter Umständen einem in der Gemeinde wohnenden, in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Fabrikbesitzer billig sein.“

Daß dieser Vergleich nicht, ist wohl so offensichtlich, daß man dieses nicht weiter zu betonen braucht. Denn, daß für die Stadt die Interessen einer Einzelperson nicht in Parallele mit denen von 20 000 Sparer, für die über 20 Millionen Mark auf dem Spiele stehen, gestellt werden kann, erscheint mir außer allem Zweifel.

Voraussetzen muß ich hierbei, daß es sich nicht, wie vielfach fälschlich angenommen wird, um eine Sanierung der Friedrichsberger Bank handelt, sondern nur darum, daß an Stelle des Konkurses eine auf sechs Jahre berechnete Liquidation tritt. Daß diese Möglichkeit überhaupt gegeben ist, ist auf das Kriegsausmaßesegewisse, welches die Einsetzung einer amtlichen Geschäftsaufsicht vorbestimmt, zurückzuführen. Es sollen also nicht die Bankdirektoren und der Aufsichtsrat gejagt und in ihren Stellen gehalten werden, sondern man will

durch Vermeidung des Konkurses erreichen, daß den Sparern, die meist keine Leute sind, welche sich vielfach durch Abkündigung einige tausend Mark für postumtende Konzepte und für das Alter gespart haben, um nicht der Armenverwaltung zur Last zu fallen, nicht der bei einem Konkurs höchstens 20-30 Proz. betragenden Rückzahlung wenigstens 60-80 Proz. zu sichern.

Wenn dieses durch die Garantieübernahme der Stadt erreicht wird, ohne daß die Stadt selbst Schaden dabei erleiden kann, so liegt doch eine Handlung in E. nicht nur im Interesse der Stadt (Vermeidung der größeren Armenkosten), sondern stellt eine direkte Selbstverständlichkeit dar.

Auf Grund dieser Auffassung wird es mir mancher nachsichtigen können, wenn ich die Verneinung unter allen Umständen für unumstößlich und nicht im Interesse der Stadt liegend bezeichnet habe. Mit einem hohen Bedauern kann eine Tausende von Einwohnern dieserlei Sache nicht gut abgetan werden.

Soweit Genosse John. Was er sagt, kann unsere Darlegungen in keiner Weise erschüttern. Die Tatsache, daß die Genossenschaft der Bau-, die Stadtverordnete sind, an der Sache direkt und materiell interessiert sind, ist nicht aus der Welt zu schaffen, auch nicht durch Hinweis auf die auch sonst bekannten Kommunitäre der Städteordnung von Certeil und Lebermann. Im Gegenteil: Man muß sich wundern, daß es überhaupt noch Leute gibt, die die hier zutage tretende Interessenskonflikte nicht selber empfinden und um eine Mitberatung in eigener Sache direkt kämpfen.

Was die Sache selber betrifft, so hatten wir nur nebenbei uns zu der Angelegenheit geäußert. Genosse John findet den von uns gezogenen Vergleich hinfällig. Es sei etwas anderes, wenn 20000 Sparer in Frage kommen oder ein in finanziellen Werten sich befindender Fabrikbesitzer. Wir möchten darauf hinweisen, daß dieser Vergleich durchaus zutrifft. Es kann auch einer Gemeinde nicht gleichgültig sein, wenn ein am Orte befindliches großes Fabrikunternehmen infolge finanzieller Schwierigkeiten die Pforten schließen muß und Hunderte oder gar Tausende von Familien im Lohn und Brot kommen und ins Elend gestürzt werden. In einem solchen Falle würde es sich sogar vielfach um mittellose Leute handeln. Aber auch hier muß auf andere Weise Rat geschaffen werden, als daß die Gemeinde eintritt, sonst käme sie ins Uferlose. Was heute den Genossenschaftlern der Bau recht ist, muß morgen einem verachteten Rabattparverier billig sein. Es muß schon ein anderer Weg gefunden werden, den Beteiligten zu helfen, als den durch die Gemeinde.

In seinen weiteren Ausführungen äußert sich Genosse John über die Vorgänge in der Fraktion, über das Abstimmungsverhältnis und schließlich über die Gründe seiner Veröffentlichung im „Niedberger Tageblatt“, Bemerkungen, die für die Öffentlichkeit weniger von Belang sind. Wir verzichten deshalb darauf, diese Einzelheiten wiederzugeben.

### Wiederschlag für Kriegerfamilien in Charlottenburg.

Vom Charlottenburger Magistrat erhalten wir folgende Zuschrift:

Es ist vorgekommen, daß Hausbesitzer, die einen Wiederschlag für Kriegerfamilien rechtsverbindlich gewährt haben, den nachgelassenen Betrag später von den Kriegerfamilien erhoben haben bezw. erheben wollten. Ganz abgesehen davon, daß dieses Verfahren verwerflich ist, entspricht es auch nicht den an die Zahlung einer erhöhten Mietbeihilfe durch die Stadt geknüpften Voraussetzungen. Die Unterhaltungskommissionen in Charlottenburg werden solchen Fällen gewissenhaft nachgehen; es werden dann den Vermietern die zu Unrecht eingezogenen Beträge von der ihnen zu zahlenden Miete einbehalten oder die Mietzahlung an sie eingestellt werden. Erforderlichenfalls tritt Veröffentlichung des Namens des Hausbesitzers ein.

### Die Charlottenburger Schulzahllinie während des Krieges.

Der Krieg hat dem Besuch der städtischen Schulzahllinie in Charlottenburg erfreulicherweise keinen Abbruch getan. Der Besuch war im letzten Vierteljahr des Jahres 1914 nicht weniger reger als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1914 wurden insgesamt 3422 Kinder behandelt. 3880 Zähne wurden gefüllt, 2003 gezogen und in 416 Fällen der Nerv getötet.

In der letzten Gemeindevertretersitzung von Straus wurde der bisherige Amtsvorsteher Brandt wiedergewählt. Die Abholung der Küchenabfälle wurde dem Volkshausbesitzer Kaiser u. Kothe übertragen, die die pünktliche Abholung zu besorgen haben. — Ein Antrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim auf Übernahme einer Meldestelle wurde entgegen der ablehnenden Haltung unseres Vertreters angenommen. — Ein Antrag des Tierärztereins auf Erlass der Hundsteuer für die Kriegsteilnehmer wurde einstimmig abgelehnt.

### Wirtschaftliche Maßnahmen in Nowawes.

Die Gemeinde beabsichtigt, in ihrem Gebiet belegendes Brau- land an Gemeindeangehörige unter der Bedingung unentgeltlich abzugeben, daß der Ertrag der landwirtschaftlichen Nutzung nur für eigene Zwecke verwendet wird. Diejenigen Einwohner, die von diesem Anerbieten Gebrauch machen wollen, können sich bis zum 6. d. M. schriftlich an den Gemeindevorstand wenden oder sich bis zum gleichen Zeitpunkt in eine im Zimmer 16 des Rathauses angelegte Liste eintragen.

Eine weitere wichtige Maßnahme besteht darin, daß die Gemeinde versuchen will, zur Erhaltung des Viehbestandes die Küchenabfälle verwertbar zu machen. Um einen Überblick über die Zahl der Abnehmer der Küchenabfälle zu erhalten, ist es notwendig, daß sich die Viehhalter beim Gemeindevorstand schriftlich oder mündlich — Zimmer 16 des Rathauses — melden.

Das neu geschaffene Komitee in g a m t hält am Donnerstag, den 4. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses seine erste Sitzung ab. In dieser wie auch in jeder ferneren Sitzung können Mietsreitigkeiten auch ohne vorherige Anmeldung zur Verhandlung kommen, sofern die Parteien anwesend sind.

Mit einem sonderbaren Armenunterstützungsgesuch beschäftigte sich die Gemeindevertretung in Petershagen. Der zu Unterstehende besitzt ein erheblich großes, schuldenfreies Grundstück und erhält außerdem noch die Rente eines 12000 M. betragenden Realbills. Das Gesuch wurde abgelehnt. Sodann beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit der Übernahme der beim Grundbesitzerverein „Eisenhose“ hinterlegten Pflasterkosten. Da nur 5000 M. zur Verfügung stehen, aber 18000 M. zu fordern sind, so lehnte die Sitzung die Übernahme ab. Sie beschloß außerdem, daß die vom genannten Verein gepflasterten Straßen als nicht den Vorschriften entsprechend zu betrachten seien. Bei eventuellen Bauaufträgen sind an den in Betracht kommenden Straßen jetzt die üblichen Pflasterkosten voll entrichtet werden.

Die Hochstapeleien des Pfarrers Niebt, der bekanntlich zur Beobachtung seines Geisteszustandes in einem hiesigen Krankenhause interniert worden ist, dürften nunmehr die Gerichte beschäftigen. Obgleich sogenannte Dämmerungszustände und zeitweilig getriebenes Bewußtsein festgestellt worden ist, findet der § 51 des R. G. St. auf ihn keine Anwendung, so daß die Verantwortung für die von ihm begangenen Veruntreuungen von dem früheren Schöneberger Seelsorger zu tragen ist. Die Kriminalpolizei ist mit den Erhebungen in der Vertragsache soweit fortgeschritten, daß die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft bald überwiesen werden dürfte. Die Kirchenbehörde scheidet als Nebenklägerin vollständig aus, da Niebt unmittelbar gegenüber die Erklärung zu Protokoll gegeben hatte, daß er sich nicht mehr als Geistlicher betraute. Insofern belaufen sich die durch Vorpiegelung falscher Tatsachen von Niebt erschwundenen „Darlehen“ bisher auf etwa 850 000 M.

### Keine Eintrittskarten für die nächsten Reichstagsverhandlungen.

Genosse Ewald bittet uns, mitzuteilen, daß die Eintrittskarten für die Eröffnungssitzung des Reichstags im März bereits vergriffen sind.

### Kein Konferven-, sondern Gefrierfleisch.

Nach einer Mitteilung der „Allgemeinen Fleischzeitung“ hat sich der Vorstand des Zweverbandes für das Fleischnahrungsgewerbe in Groß-Berlin und Umgegend in einer am Montag abgehaltenen Sitzung dahin ausgesprochen, daß, wenn die Abschachtung großer Schweinebestände erforderlich ist, es nicht zu empfehlen sei, das Fleisch derselben zur Fabrikation von Konferven oder zur Anfertigung von Dauerwaren zu verwenden, da sich hierzu das meist von jungen, unreifen Tieren herabstammende Fleisch nicht eignet. Zweifelloß würde eine derartige unzuverlässige Verwendung große Verluste im Gefolge haben. Als einziger Weg, um das aus solchen Rassenabladungen stammende Fleisch zu konservieren, empfiehlt sich, es in Gefrierhäusern in gefrorenen Zustand zu versetzen und dort bis zur späteren Verwendung unterzubringen.

### Ein irrsinniger Schußmann auf der Spionagejagd.

Ein aufregender Vorgang, der zu den wildesten Gerüchten Veranlassung geben sollte, hat sich gestern in der Nähe des Wittenbergplatzes abgepielt. Ein Fußwärtler der Vereinigten Glasindustrie, vorn. Thümler u. Schwarte G. m. b. H., war in der Bahreuther Straße eingebogen, als plötzlich ein Schußmann mit vorgehaltenem Revolver herantrot und den Fußwärtler aufforderte, sofort vom Bod herunterzukommen. Er müsse ihn verhaften, da er ein Spion sei. Der Fußwärtler stehe in Diensten eines feindlichen Landes und auf dem Wagen seien Bomben. Koch hatte der Fußwärtler den Wagen nicht verlassen, als plötzlich zwei Schüsse krachten. Im nächsten Augenblick brach das Gespann des Wagens tot zusammen. Der Schußmann hatte es mit seinem Dienstrevolver erschossen. Auf die Schüsse hin eilten große Menschenmengen herbei, und als der Beamte seine Vorwürfe gegenüber dem Fußwärtler wiederholte, entstanden allerlei Gerüchte. Es kam dann ein zweiter Beamter hinzu, und nun wurde der Fußwärtler als Verhafteter zur Wache gebracht. Eine große Menge folgte dem Transport. Erst auf der Wache stellte sich heraus, daß es sich um die Tat eines Geisteskranken handelte. Der Schußmann war während des Dienstes plötzlich irrsinnig geworden und hatte in seinem Zustand den Fußwärtler für einen Landesverräter gehalten. Natürlich wurde der Verhaftete sofort wieder auf freien Fuß gesetzt.

### Todesprung eines Berliner Sportschriftstellers.

Ein tragisches Ende hat am gestrigen Dienstagvormittag der in den Berliner Sportkreisen bekannte Begründer und Schriftleiter der „Allgemeinen Automobilzeitung“ Franz Kover Knecht gefunden. K., der in Steiermark geboren ist, gründete im Jahre 1900 in Berlin die „Allgemeine Automobilzeitung“, deren Verleger er bis 1904 war. Später war er Chefredakteur dieses Blattes und seit 1905 auch im Generalsekretariat des Kaiserlichen Automobilklubs tätig. Knecht war seit einiger Zeit kränklich und wollte deshalb auch von seinen Ämtern zurücktreten. Am gestrigen Vormittag benutzte er einen Augenblick, als er sich allein im Zimmer befand, um aus dem Fenster zu springen. Er erlitt so schwere äußere und innere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ein Straßenunfall ereignete sich Montag vormittag an der Endhaltestelle der Straßenbahn in der Goshensstraße. Dort wollte ein Herr Weinstock kurz vor einem rangierenden Bahnwagen der Linie 23 das Gleis überschreiten. Unmittelbar vor dem Wagen kam er jedoch zu Fall und geriet unter die Vorderplattform. Glücklicherweise wurde W. vor der Schußvorrichtung aufgefunden, so daß er mit einem Bruch des linken Oberschenkels davonkam. Der Verunglückte fand im Schöneberger jüdischen Kranienhaus Aufnahme.

Kraubensfall auf ein Dienstmädchen? Nach Meldung einer Korrespondenz ist gestern am hellen Tage in dem Hause Burgstraße 22 ein Raubfall verübt worden. Ein dort in Diensten stehendes Mädchen wurde vom Einholen kommend auf der Hintertreppe von einem jungen Mann verfolgt. Als sie die Hintertür erreicht hatte und eben im Begriff war, sie aufzuschließen, verjagte er dem Mädchen plötzlich einen so wuchtigen Schlag auf den Kopf, daß es die Besinnung verlor. Wieder zu sich gekommen, entdeckte die Ueberfallene sofort, daß ihr das Portemonnaie, das 98 M. enthielt, fehlte. Der Räuber war aber bereits spurlos verschwunden. Nach der Darstellung des Mädchens ist der Räuber etwa 18 bis 20 Jahre alt, hat ein podernarbiges Gesicht und eine aufgestülpte Nase, eine sogenannte Himmelskrottenase, und trug ein dunkelgrünes Jackett, ein gelbes Knäpftuch und eine hellbraune „Schleiermütze“ mit großem Schirm.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde Montag nachmittag auf dem Grundstück Lange Straße 67 gefunden. Ob das Kind eines natürlichen Todes gestorben oder ob Kindesmord vorliegt, ließ sich noch nicht feststellen. Die kleine Leiche, die in mehrere gestreifte Schürzen und in einen schwarzen Rock eingewickelt war, wurde deshalb von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Eine Störung im Straßenbahnbetriebe trat am gestrigen Morgen im Stadteil Roabit ein. Um 7.40 Uhr entgleiste an der Ecke der Straße Alt-Roabit und Werftstraße die Kontaktschleife eines Straßenbahnwagens, wodurch der Fahr- und Schlußdraht schmolz und zur Erde fiel. Infolgedessen war der Betrieb in der Richtung nach dem Königplatz bis 8 Uhr gestört. Um diese Zeit war die Störung durch Mannschaften der Oberleitungsstation der Straßenbahn beseitigt. Infolge des Drahrückens waren für die oben erwähnte Zeit auch die beiden Weisepunkte 27 und 28 stromlos, wodurch eine Betriebsstörung eintrat, die sich auf Friedrichs-Karl-Ufer, Karlstraße und Luisenstraße erstreckte.

Ein gefährlicher Brand alarmierte die Feuerwehr in der Nacht zum Dienstag nach der Holzmarktstraße 3. Dort brannten in einer Strampfenfabrik (A. Feder) Holzwaren, Kartons, Kuchböden, Schalbeden u. a. Es gelang der Feuerwehr, eine weitere Ausdehnung zu verhindern.

### Kammermusikabend der Stadtgemeinde Neukölln.

Donnerstag, den 4. Februar d. J., abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Stadtgemeinde Neukölln mit der Berliner Trio-Vereinigung, Professor Mayer-Rabe, Professor Grünfeld und Professor Dessau, den dritten und letzten diesjährigen Kammermusikabend in der Aula der Realschule Wobdinstr. 34-41. Es gelangen Werke von Schubert, Beethoven, Wagner, Haydn u. a. zur Aufführung. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. für Saalplätze und 30 Pf. für Balkonplätze sind u. a. in den „Vorwärts“-Expeditionen Redakt. 3 und Siegfriedstr. 28/29 sowie an der Abendkasse zu haben.

## Soziales.

### Lohnvorenhaltung.

Die Gewerbeordnung gibt dem Arbeiter ausdrücklich das Recht, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist die Arbeit niederzulegen, falls der Lohn nicht in der bedingenen Weise gezahlt wird. Dieses Recht mißachtete eine gestern vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts getroffene Entscheidung.

Zwei Arbeiter der Firma Gebrüder Israel hatten am Freitag, den 1. Januar, am Neujahrstage also, zu arbeiten. Sie waren der Nachschau zugeteilt. Für diese erfolgte die Lohnzahlung regulär freitags, während die Tagelöhnerarbeiter Sonnabends Zahlung erhielten. Am Neujahrstage erfolgte an die Arbeiter keine Zahlung. Aus diesem Grunde gingen sie um 12 Uhr nachts weg, obgleich ihre Arbeitszeit erst am Morgen um 8 Uhr zu Ende war. Sie meinten, wenn sie an einem Feiertage keinen Lohn erhalten können, daß sie dann auch Feiertags nicht zu arbeiten brauchen. Als sie am Sonnabend rechtzeitig wieder im Betrieb erschienen, wurden sie nicht zur Arbeit gelassen. Ihre Papiere erhielten sie jedoch erst am Montagmittag. Für den dadurch hervorgerufenen Lohnausfall wollen die Arbeiter mit je 20 M. entschädigt werden.

Das Gericht erblickte in dem Verhalten der Firma nur eine Lohnverzögerung, die namentlich im Hinblick auf „die Zeit“ und daß es sich um einen Feiertag handelte, nicht einen Grund zum sofortigen Verlassen der Arbeit bilde. Auf Anraten des Gerichts nahmen die Arbeiter ihre Klagen zurück.

Die Ansicht des Gerichts findet in dem Gesetz keine Stütze. Wir möchten bezweifeln, ob ein Fernbleiben von der Arbeit vom Gericht ebenso falsch beurteilt würde.

### Zur Affordarbeit.

Einen Affordrecht in Höhe von 15,82 M. klagte ein Schlosser gegen die A. G. O. ein. Der Kläger wurde längere Zeit hindurch nur halbe Tage beschäftigt. Als Grund wurde Materialmangel angegeben. Diese geringe Verdienstmöglichkeit zwang den Mann, anderweit in Beschäftigung zu treten. Natürlich war er nun außerstande, den angefangenen Afford fertigzustellen. Das besorgten seine Kollegen. Es ergab sich ein Leberschuh, der, auf die Arbeitszeit des Klägers berechnet, die geforderte Summe ergibt. Die Firma berief sich auf ihre Arbeitsordnung. Darin steht: Wenn der Arbeiter vor Beendigung des übertragenen Affords aufhört, dann wird ihm die aufgewendete Arbeitszeit mit dem durchschnittlichen Stundenlohn entschädigt. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Kläger dem Meister gegenüber seine Absicht, aufzuhören, falls der Materialmangel anwuchs, nicht kundgegeben hat. Auf diesen Umstand stützte das Gericht sein abweisendes Urteil. Der Kläger hätte dem Meister die Möglichkeit bieten müssen, für Abhilfe zu sorgen.

Nach dieses Urteil ist mit dem klaren Wortlaut des Gesetzes unvereinbar. § 293 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schreibt vor: „Der Gläubiger kommt in Verzug, wenn er die ihm angebotene Leistung nicht annimmt.“ Verzug liegt ohne ein Verschulden des Arbeitgebers vor: die Tatsache des Materialmangels hat er zu vertreten.

## Parteiveranstaltungen.

**Dieter Dahlkreis.** Am Donnerstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gymn. Landberger Allee 40: Großer Lichtbildernortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen R. Schmidt über „Bilder vom östlichen Kriegsschauplatz“.

**Neukölln.** Heute abends 8 1/2 Uhr findet bei Barilla, Hermannstr. 47, die Verammlung der Jugendleitung statt. Auf der Tagesordnung steht der 2. Vortrag des Genossen Dr. Dunder über: „Die verschiedenen Sozialsysteme.“

## Jugendveranstaltungen.

**Tempelhofer Mariendorf.** Heute, abends 8 1/2 Uhr: Vortrag: „Der deutsche Bauernkrieg“. Vortragender: Herr G. Berlin. — Samstag, den 6. Februar: Disputierabend.

## Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Kolnthal.** Donnerstag, den 4. Februar er., abends 6 Uhr, im Verwaltungsgedäude, Hauptstr. 94.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten S. 17. Hofstraße, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Textsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eines Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Besuche, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**N. M. 100.** Es wird als Pflicht erachtet, daß jedermann das Geld in Kurs bringt oder der Reichsbank absetzt. — **Paul P. 162.** Nur soweit der Lohn 1800 M. jährlich übersteigt. — **R. M. 55.** Rein. Sie können nicht von der Miete abgehen. — **G. W. 22.** Zum Jahrgang 1915 gehören diejenigen, die in diesem Jahre 20 Jahre alt werden. — **G. 2. 35.** Jurisdiktion wegen Verletzung der Augen. — **L. D. 31.** Neben beschuldiger Schwerechtlich dienstuntauglich. — **G. E. 1853.** Das Entschieden der Militärärzte. — **G. P. 53.** Wöchnerinnenunterstützung wird nur den Kriegsestranen gewährt. Senden Sie ihn an die Frauenkassen in der Artilleriestraße. — **G. 7. 300.** Die Kriegsunterstützung muß weiter gezahlt werden, bis die Witwenrente in Kraft tritt. Der Antrag auf Witwen- und Rentenrente ist beim Bezirkskommando zu stellen.

**Antlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. (Ohne Verbindlichkeit.)** Dienstag, den 2. Februar. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch la 80-90, da. la 78-79, da. IIIa 69-72; Wulstfleisch la 78-88, da. la 69-77; Schafe, fett 65-68, da. mager 58-59, da. dänische 50-55; Pfeffer 88-70, Pfeffer, dänische, 42-55, Zellen, dänische, 54-59; Rindfleisch, Doppellender 135-138; Kalbfleisch la 90-100, da. IIIa 65-85; Rinder ger. gen. 45-55. Sammelfleisch: Kalkammer 90-98; Sammel la 85-90, da. IIIa 78-84; Schafe 80-85. Schweinefleisch: Schweinefleisch 80-85, sonstige 80-89, dän. Sauen 72-76. — Gemüse, insbesondere: Kartoffeln, Daberger 50 kg 0,60; weiße Kartoffeln 0,60; Magnum bonum 0,60; Bollmann 0,60-0,60; Sorre, Schod 0,50-1,00; Seltene, Schod 4,00-7,00; Spinat 50 kg 1,50-2,00; Mohrrüben 3,00-4,50; Strohbohnen Schod 5,00-11,00; Strohbohnen 50 kg 6,80-7,00; Weizhohl Schod 3,00-11,00; Weizhohl 50 kg 7,00-7,50; Kartoffeln, Schod 5,00-11,00; Kartoffeln 50 kg 6,50 bis 7,00; Grünkohl 50 kg 6,00-10,00; Strohbohnen 50 kg 4,50-7,00; Zettener Rüben 50 kg 12,00-18,00; Mörtliche Rüben 50 kg 4,00-12,00; Rosenkohl 50 kg 20,00-30,00; Beerenrettich Schod 6,00-14,00; Petersilienwurzeln Schod 1,00-3,00; Zwiebeln 50 kg 14,00-14,50; Spießhahnen: italienische 50 kg 8,00-11,00, dito 200 Stück 8,00-9,00, Spießhahn: italienische 100 St. 10,00-12,00, 200 St. 7,00-9,00, 300 St. 8,00-10,00, Weizhahn 100 St. 8,50-9,00, da. 100 St. 7,00-8,75, da. 150 St. 7,00-10,00, Spanische 420 St. 15,00-21,00, da. 714 St. 18,00 bis 25,00, da. 1064 St. 24,00-36,00, da. 420 St. large 23,00-30,00.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag:** Zeitweise neblig, sonst vielfach heiter, bei mäßigem Frost. Später im Westen beginnende neue Erwärmung und zunehmende Bewölkung, wechslend der Ode auch vereinzelt geringe Niederläge.

1. Jahr. 1. Kräfte trinken während der Mahlzeit.

**Santa Lucia**  
Stärkungs- Rotwein  
Flasche 150 u 2 Mk.  
Nachachtung bitte zurücksenden